

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Vorpagen-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts-Druckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgehaltene Kolonelle 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Industrie der alkoholfreien Getränke.

Die Industrie der alkoholfreien Getränke hat im letzten Jahrzehnt in Deutschland eine sehr starke Ausbreitung erfahren. Vorwiegend dürfte das eine Folge der gegen den Alkoholgenuß gerichteten Bestrebungen sein. Allerdings sprechen auch noch andere Ursachen mit. Die gesteigerte Intensität in der Befundung politischen Lebens und das Wachstum des Teiles der Bevölkerung, der sich daran beteiligt, ferner die Ausbreitung der wirtschaftlichen Organisationen, was ebenfalls eine Zunahme des Besuchs im Gefolge hat, wobei im zunehmenden Maße das dem Alkohol weniger zuneigende weibliche Geschlecht herangezogen wird, sind dem Konsum alkoholfreier Getränke günstige Umstände. Im verflochtenen heißen Sommer ist die Temperatur ein übriges. Wie die Handelskammer Berlin in ihrem letzten Jahresbericht mitteilt, konnten die Fabriken der alkoholfreien Getränke die gestellten Ansprüche kaum genügen. Die ohnehin schon starke Konkurrenz sei dadurch noch weiter verschärft worden.

Da die Fabrikation wenig technische Anforderungen stellt, geringe Kapitalien meistens zur Anlage genügen und die Preisgestaltung verhältnismäßig günstig ist, besteht naturgemäß ein starker Anreiz, in diesem Erwerbszweige zu einer Selbständigkeit zu gelangen. Das gilt natürlich nur für die Fabrikation des künstlichen Mineralwassers und der unter allerhand Phantasienamen segelnden Fruchtsäftegetränke. Trotz der starken Konkurrenz sind die Fabrikanten gut organisiert und brachten sie es daher in Berlin auch fertig, im vergangenen Herbst eine ab 1. Februar 1912 wirksam gewordene allgemeine Preiserhöhung durchzuführen. Uebrigens haben sich schon verschiedene Brauereien der aussichtsreichen, den Minderabsatz von Bier leicht reichlich ausgleichenden Produktion alkoholfreier Getränke zugewendet.

Im Wiederverkauf unterliegen die künstlichen alkoholfreien Getränke sehr großen Preisschwankungen. Eine Flasche künstlichen Mineralwassers oder sogen. Brauselimonade, die in gewöhnlichen Restaurationen für 10 resp. 15 Pf. abgegeben wird, kostet in anderen 30 und 35 Pf.

Ueber den Umfang der gesamten Produktion fehlen genaue Angaben. Den Versand natürlichen Mineralwassers erfaßt eine Statistik aus dem Jahre 1907. Sie bezieht sich auf 650 Quellen in 250 Orten. Die Zahl der mit Heil- oder Erfrischungswasser gefüllten Gefäße war von 11½ Millionen im Jahre 1903 auf 12½ Millionen im Jahre 1905 gestiegen. Der Hauptanteil davon, nämlich 8¼ resp. 9½ Millionen Gefäße, entfällt auf Preußen.

Im Außenhandelsverkehr erscheint natürliches Mineralwasser mit folgenden Ziffern (die Gewichtsmengen verstehen sich einschließlich der Flaschen und Krüge):

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1910	1911	1910	1911
Gewicht = Doppelzent.	112 228	120 980	454 651	474 417
Wert in 1000 Mark	3 891	4 198	9 386	10 115

In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres ist im Vergleich mit dem Vorjahre die Einfuhr von 15 134 Doppelzentner auf 16 360 Doppelzentner und die Ausfuhr von 60 017 Doppelzentner auf 75 424 Doppelzentner gestiegen. Demnach unterhält Deutschland eine sehr lebhaft ausgeübte Ausfuhr in diesem Artikel. Auch die Ausfuhr von Fruchtsäften und die Kohlen-säure ist bedeutend. Verdichtete Kohlen-säure wurde ausgeführt: 1910 27 910 Doppelzentner, 1911 38 211 Doppelzentner. Die Einfuhr ist unbedeutend. Ueber den Außenhandelsverkehr mit alkohol- und ätherfreien Fruchtsäften gibt die Statistik für 1911 folgende Zahlen:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge	Wert	Menge	Wert
Zitronensaft	Doppelz.	2 665	Doppelz.	277
	Mark	120000	Mark	26000
Andere Fruchtsäfte mit Zucker versetzt oder eingedickt	Doppelz.	681	Doppelz.	3343
	Mark	43000	Mark	278000

Die ausgesprochen zu Heil- oder anderen gewerblichen Zwecken bestimmten Fruchtsäfte sind bei dieser Aufstellung nicht berücksichtigt worden.

Einen gewissen Anhalt für die Bedeutung, welche die Industrie der alkoholfreien Getränke erlangt hat, liefern die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung für das Deutsche Reich vom 12. Juni 1907. Danach gab es im Erhebungsgebiet 5949 dergleichen Gewerbebetriebe. In diesen waren insgesamt 15 658 Personen beschäftigt. Das ist eine verhältnismäßig große Zahl. Auch der Großbetrieb ist hier vertreten. In Betrieben mit 11 bis 50 Personen zählte man 2741, in solchen mit 51 bis 200 Personen 1275 und in über 200 Personen umfassenden Betrieben 490 Beschäftigte. Von der Gesamtzahl waren 4411 sogen. Haupt- und 1538 Nebenbetriebe. In der folgenden Vergleichung, die allerdings keine ganz präzisen Angaben liefert, ist die Veränderung seit der vorletzten Zählung dargestellt. Es wurden gezählt:

	1895	1907
Hauptbetriebe	1829	4 411
Nebenbetriebe	701	1 538
Beschäftigte Personen	7232	15 686

Jedenfalls tritt hier eine ganz außerordentliche Ausbreitung dieses Gewerbebezweiges in die Erscheinung. Leider enthalten die Zählungen keine Unterscheidung nach künstlichem und natürlichem Mineralwasser.

Da die meisten Betriebe als Privatunternehmen unterhalten werden, fehlen umfassende Rentabilitätsangaben. In der Aktienstatistik figurieren die Unternehmen, die sich mit dem Mineralwasserverband befaßen in der Gruppe: Wasserversorgung, Mineralwasserverband und Eisbereitung. Sie umfaßte 1909/10 31 Gesellschaften mit 78 Millionen Mark Aktienkapital. 24 davon erzielten 8 428 000 Mk. Reingewinn; die verteilte Durchschnittsdividende stellt sich auf 9,24 Proz. gegen 7,76 Proz. als Durchschnitt aller Aktiengesellschaften aller Gewerbe in Deutschland. Daß die Mineralquellen gute Gewinne abwerfen, beweisen folgende Angaben: Bei der Ausschreibung der Verpachtung der Karlsbader Quelle — Flaschen-Verband — auf 10 Jahre bot der bisherige Pächter, ein Herr Mattonie, 41 000 Fl. für das erste Jahr und für jedes folgende Jahr jedesmal 2000 Fl. mehr. Der Breslauer Kaufmann L. Schottländer bot jedoch 70 000 Fl., zahlte weiter nach Ablauf dieser Pachtzeit 175 000 Fl., und dann, auf Grund eines neuen Ausschreibens, ab 1901 560 000 Fl. Dabei verdiente er soviel, daß er mehrere bei Breslau gelegene Rittergüter ankaufen konnte. Viele Millionen warfen dem Kaufmann Sarlehner die bei Budapest belegenen Gunzadi-Janos-Quellen ab, die er für ein paar hundert Gulden erworben hatte. Ein Bombengeschäft machen die Engländer mit dem Erwerb des deutschen Apollinarisbrunnens. Große Gewinne bringen den Besitzern sodann auch die Quellen in Salzbrunn, Ems, Rissingen usw.

Ueber die Profitmöglichkeiten durch die Gewinnung flüssiger Kohlen-säure aus den Kalköfen machte Dr. Joh. Behrens auf der Hauptversammlung des „Vereins deutscher Kalkwerke“ im Dezember 1910 unter anderem folgende Angaben: Eine Anlage mit 150 000 Kilogramm Stundenerzeugung beansprucht 550 000 Mk. Anlagekapital. Bei einem Umsatz von rund 296 000 Mk. würden 175 000 Mk. Reingewinn gleich 32 Proz. herauspringen. Das ist ganz akzeptabel.

Die Situation in der Fruchtsäftefabrikation in Berlin im vergangenen Jahre illustriert die Handelskammer in ihrem Bericht durch folgende Angaben: Die anhaltende Dürre vernichtete die Beerenernte zum guten Teil. Die Preise für Himbeersaft stiegen in kurzer Zeit um etwa 150 Proz., von 70 Pf. pro 1 Liter auf 1,80 Mk., für Erdbeer-, Kirsch- und Johannisbeersaft um etwa 30 Proz. Auch der Markt in weniger gefragten Säften, wie Brombeer-, Hollunder- und schwarzem Johannisbeersaft, zeigte steigende Tendenz.

Die Preise für Kulturhimbeeren schwankten zwischen 22 bis 35 Mk. per Zentner, während im Vorjahre 18 bis 25 Mk. bezahlt worden waren. Die

Ernte an Gebirgshimbeeren fiel fast vollständig aus. Sauerkirschen gaben eine kleine Mittelenernte; das Preisergebnis war ungünstig. Für geringe Früchte wurden 18 bis 30 Mk. per Zentner bezahlt. Die Ernte in Walderdbeeren, in roten und weißen Johannisbeeren war mäßig; die Preise blieben andauernd hoch. Blaubeeren (Heidelbeeren) waren infolge der anhaltenden Dürre sehr knapp.

Auch Fruchtsirupe hatten ein lebhaftes Geschäft. Der Export hat stark zugenommen. Hierfür werden immer mehr alkoholfreie Fruchtsäfte hergestellt, weil diese gegenüber den alkoholischen Säften im Zollfaze meist bevorzugt sind. Diese Mitteilung läßt darauf schließen, daß manche der sogen. alkoholfreien Getränke doch einen Schutz Alkohols enthalten.

In Fruchtessenzen für alkoholfreie Getränke ist der Umsatz während der letzten Jahre ständig gestiegen. Es bedurfte größter Anstrengungen von Seiten der Essenzenfabriken, um der Nachfrage zu genügen. Dem gesteigerten Umsatze standen Rohmaterialienpreise gegenüber, die den Nutzen einschränkten. Zweifellos ist die Fruchtsaftindustrie in Berlin ein bedeutender Geschäftszweig geworden.

Die Zahlen zeigen uns, daß die Industrie der alkoholfreien Getränke sehr lohnend ist. Weniger ertragreich freilich ist die Arbeit der in dieser Industrie beschäftigten Kollegen. Unserer Organisation gehören schon eine Anzahl dieser Kollegen an, ein Teil davon schon seit Jahren. Durch den kürzlich abgeschlossenen Partellvertrag mit dem Fabrikarbeiterverband, der bisher die Kollegen dieses Industriezweiges für sich reklamierte und sie nun unserer Organisation zuwies — mit Ausnahme der Betriebe, wo er im Tarifverhältnis steht —, ist uns nun die Möglichkeit gegeben, unsere Agitation unter diesen Kollegen energisch zu entfalten. Dies ist auch schon aus dem Grunde notwendig, weil, wie auch schon angeführt wurde, die Brauereien immer mehr zur Herstellung und zum Vertrieb alkoholfreier Getränke übergehen. Da gebietet nicht allein das Organisationsinteresse, sondern auch das Interesse der Brauereikollegen, daß jeder einzelne mit allen Kräften dazu beiträgt und agitiert, um die Kollegen aus der alkoholfreien Getränkeindustrie unserer Organisation zuzuführen.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise.

III.

Die Epoche handwerksmäßiger Produktion.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen von der hauswirtschaftlichen bis zur handwerksmäßigen Produktion bedurfte zu ihrer Vollendung Jahrhunderte. Das kam zunächst daher, daß es ursprünglich in der Zeit der Haus- oder Einzelwirtschaft keinen Tauschverkehr gab. Jeder Haushalt produzierte ja selbst, was er verbrauchte, und so war ein zwingender Grund zum Austausch von Gütern untereinander gar nicht vorhanden. Gewiß, es traf einmal den einen oder anderen eine Fehlernte in irgendeinem Nahrungsmittel. Dann beschränkte er sich in seinem Verbrauch oder borgte von seinen Nachbarn, um ihnen bei der nächsten Ernte das Geliebene zurückzuerstatten. Das ist aber nicht als Tauschverkehr anzusprechen. Eher schon könnte man die uralte Sitte des Gastgeschenkgebens als Tauschverkehr bezeichnen. Es war üblich bei unseren Vorfahren, den Gästen Geschenke zu machen, in der bestimmten Erwartung, andere dafür wieder zu erhalten.

Ein gewohnheitsmäßiger Tauschverkehr entwickelte sich erst mit der fortschreitenden Kultur ganz allmählich heraus; er war bedingt von örtlichen Produktionsverhältnissen. Dort herrschte Ueberfluß an Korn, Mangel an Vieh, hier Ueberfluß an Vieh, Mangel an Korn; ergo wurde die Ueberproduktion gegenseitig ausgetauscht. Ebenso Salz gegen Wein, Del gegen Leinen usw. Mit den steigenden Bedürfnissen wurde allmählich dieser Austausch zur Notwendigkeit. Nicht überall wuchs Wein und gab es Salzquellen, aber überall genoß man Wein und Salz. Ihre Vermittelung konnte nicht anders vor sich gehen

als wie auf dem Wege des Tauschverkehrs. Nach und nach bildeten sich allgemeine Wertmesser heraus, wie Pelze, Tiere, Metalle und endlich das Geld.

Den entscheidenden Anstoß zum Uebergange von der geschlossenen Hauswirtschaft zur handwerksmäßigen Produktion müssen wir aber in der Bildung der Städte suchen. Die Stadt erwuchs zu „einer Art militärischer Gemeinschaft mit bestimmten Rechten und Pflichten“ aus einer Anzahl von kleineren Niederungen und Höfen heraus. Anfänglich setzten die Städter ihre altgewohnte landwirtschaftliche Lebensweise fort. Aber allmählich erforderten der städtische Wachdienst, die große Ausdehnung der städtischen Anlagen immer mehr Menschen, so daß schließlich der städtische Boden (städtisch insofern, als seine Besitzer in der Stadt wohnten) zu ihrer Ernährung nicht mehr ausreichte. Bisher hatte der Städter seinen Lebensunterhalt lediglich aus rein landwirtschaftlicher Tätigkeit gezogen. Nunmehr mußte er ihn aus der Ausübung eines bestimmten Gewerbes (Handwerkes) zu gewinnen suchen. Zwar bearbeitete der städtische Handwerker auch weiterhin noch seinen Grund und Boden, aber der Gewinn aus dieser Tätigkeit stand an Bedeutung für seinen Haushalt fürderhin an zweiter Stelle. Das Handwerk „nährte“ seinen Mann!

Mit der Stadt und auch schon früher entstand ein anderer Faktor des wirtschaftlichen Verkehrslebens: der Markt! Dieser charakterisiert ihn als „Zusammentreffen zahlreicher Käufer und Verkäufer an einem bestimmten Orte zu bestimmter Zeit“. Für die Handwerker erlangte in der Folgezeit der Markt ihrer Stadt eine hohe Bedeutung: er wurde zur einzigen Stätte, an der er seine Produkte an den Mann bringen und die von ihm benötigten Erzeugnisse kaufen konnte. Der Markt wurde zum Mittelpunkt des von der Stadt und ihrem umlagerten Gebiet gebildeten Wirtschaftsorganismus, in dem sich der Kreislauf Herstellung—Verteilung—Verbrauch fast ebenso in sich abgeschlossen vollzog, wie einst in der Hauswirtschaft. Nur hatte sich jetzt eine scharfe Scheidung der einstmalig unendifferenziert in der Hauswirtschaft betriebenen Tätigkeit vollzogen: es gab jetzt Einzelwirtschaften, die zur Grundlage ihrer Existenz eine bestimmte gewerbliche Tätigkeit hatten, und es gab Haushalte, die ihren Lebensunterhalt aus landwirtschaftlicher Tätigkeit zogen. Die menschliche Gesellschaft war verändert worden, Stände hatten sich gebildet, und man mußte unterscheiden zwischen den Bürgern der Stadt und den Bauern. Diese brachten die überschüssigen Produkte aus ihrer landwirtschaftlichen Arbeit auf den städtischen Markt und tauschten dort dagegen die vom Handwerker hergestellten Gebrauchsgegenstände ein.

Bei der hohen Bedeutung des Marktes für das Gedeihen der Stadt ward natürlich deren Wirtschaftspolitik ganz im Interesse seiner Erhaltung und seines Schutzes betrieben. Der einheimische Handwerker hatte auf dem Markte seiner Stadt das alleinige Absatzrecht für seine Waren. Die Produkte keines Gewerbes, das in einer Stadt vertreten war, durften auf ihren Markt von außerhalb zum Verhandeln gebracht werden. In der Umgebung der Stadt, auf dem Lande, war jeglicher Handwerksbetrieb verboten. Es sollte also alles, was Bürger und Bauern brauchten,

in der Stadt selbst hergestellt werden; damit war dem städtischen Handwerker das Monopol auf dem städtischen Markt gesichert. War irgendein Handwerk in der Stadt nicht vertreten, so suchte diese erfahrene Meister von auswärts in ihr anzusiedeln, indem sie ihnen als Lockmittel Steuererleichterungen gewährte, ihnen Werkstätten baute usw.

Andererseits mußte auf dem Markte der Verkehr zwischen Produzent und Konsument sich öffentlich und unmittelbar, das heißt, unter Ausschaltung jeden Zwischenhandels, vollziehen. Unter Benutzung einer öffentlichen Wage hatten städtische Marktbeamte — „Marktmeister“ den Verkehr nach obrigkeitlicher Anordnung zu regeln. Der sogenannte Vorkauf war verboten. Darunter verstand man den Handel vor den Stadttoren zwischen Bauern und Händlern sowie Stadtfremden. Die Bauern sollten ihre Produkte nur auf dem Markt feilbieten und in erster Linie den Bürgern verkaufen. Der städtische Konsument hatte also damit wieder das Kaufsmonopol auf fremde Zufuhren; ferner aber auch das auf Waren, die die Stadt nur auf dem Wege zu ihrem eigentlichen Bestimmungsort berührten. Sie mußten in der Stadt, bevor sie weitergeführt werden konnten, erst einige Zeit feilgeboten werden. Es war dies das Stapelrecht, welches sich fast alle Städte gesichert hatten.

Der eigentliche Handel kam natürlich bei solchem System des direkten Warenaustausches zwischen Herstellern und Verbrauchern kaum in Betracht. Er beschränkte sich auf einzelne Dinge, die nicht überall produziert werden konnten: auf Süßfrüchte, Fische, Pelze, Luche, Salz, Gewürze und (in Norddeutschland) auf Wein. Diese Waren durften der Großhändler nur auf den alljährlich einmal stattfindenden Jahrmärkten en detail, in kleinen Mengen, verkaufen. Sonst mußte er sie in größeren Quantitäten an die allfälligen Kleinhändler, Höker genannt, abgeben, damit diesen der städtische Absatz vorbehalten bliebe.

Mit der eben skizzierten Entwicklung waren die Vorbedingungen zur Ausbildung der handwerksmäßigen Produktion gegeben. Die Begriffsbestimmung, die mit dem Worte Handwerk getroffen werden soll, ist durchaus nicht feststehend. Im Grimmschen Wörterbuch der deutschen Sprache sind drei Bedeutungen aufgeführt, während W. Sombart dagegen nicht weniger wie sieben zu unterscheiden weiß. Wir haben im folgenden nur die eine Bedeutung des Handwerks als historische Erscheinung einer ganz bestimmten menschlichen Tätigkeit, der wirtschaftlichen, also als genau umrissene Organisationsform menschlicher Unterhaltsvorgänge, aufzufassen. In diesem Sinne ist unter Handwerk das Bestreben eines Menschen zu verstehen, die Herstellung irgendeines gewerblichen Gegenstandes zu seinem Lebensberufe zu machen und durch den Austausch des Erzeugten gegen entsprechende Werte sich seinen Lebensunterhalt zu sichern.

Bereits zur Zeit der erweiterten Hauswirtschaft und der Fronhofswirtschaft gab es Leute, die eine bestimmte handwerksmäßige Tätigkeit ausübten. Aber zwischen diesen „Handwerkern“ und denen der Stadt bestand doch ein sehr großer und sehr wesentlicher Unterschied. Die Fronhofshandwerker arbeiteten für ihren Fron- oder Grundherrn, der ihnen das not-

wendige Material gab und dem sie ihre Arbeit auch wieder abliefern mußten, ohne darüber verfügen zu können. Der Handwerker der Stadt dagegen war ein freier Mann, der nach eigenem Gutdünken schaffte und nicht nur die Fähigkeit zur Ausübung seines Gewerbes besaß, sondern auch die dazu erforderlichen Sachgüter. Diese letzteren Eigenschaften wiederum sind es, die den Handwerker als solchen in unserer Auffassung charakterisieren. Der Fronhofshandwerker hat die Arbeiten auszuführen, die ihm sein Herr zuweist; dafür wird er von ihm mit Nahrungsmitteln und was er sonst zum Leben braucht, versehen. Der freie Handwerker dagegen kann über seine Erzeugnisse frei verfügen und er erhält sich durch ihren Austausch gegen andere Produkte, die er zu seiner Existenz notwendig hat.

Ein weiteres Spezifikum der handwerksmäßigen Produktion ist, daß sie analog der hauswirtschaftlichen, nach Ausmaß und Qualität durch den herrschenden Bedarf bestimmt wird. Es ist dies die Folge des von der Stadt inaugurierten direkten Zwangsverkehrs zwischen dem Konsumenten und Produzenten. Der Käufer gewerblicher Erzeugnisse kaufte nur, was er notwendig gebrauchte, und deshalb fertigte auch der Handwerker niemals mehr Waren an, als er sicher auf dem Markte absetzen zu können vermeinte.

Zum diesjährigen Verbandstag.

Notwendige Reformen.

Unser Beitragsystem war unzeitgemäß von dem Zeitpunkt an, wo die Organisation auf die gesamten Arbeiter des Betriebes ausgedehnt wurde, und unser Unterstützungsweisen entspricht nicht der gewerkschaftlichen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit. Die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit insofern, als diese gleichgestellt ist, und die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen insofern, als sie dem veralteten Beitragsystem angepaßt sein muß und den so ungeheuer verschiedenen Lohnhöhen nicht Rechnung trägt. Zwingender und dringender als alles andere ist eine Reform auf diesem Gebiet.

Als unser Verband zur Frage der Aufnahme weiblicher Mitglieder Stellung nahm, sah man ein, daß man für diese schlechterdings nicht gleiche Beiträge und Leistungen festsetzen konnte als für die männlichen, weit höher entlohnerten Mitglieder. Man setzte sie auf die Hälfte fest. Doch die Differenzierung der Beiträge und Leistungen hätte sich schon vor dem notwendig gemacht, weil fast die gleichen Unterschiede in den Löhnen auch unter den männlichen Mitgliedern bestanden. Doch hier wurde das Wort von den verschiedenen „Klassen“ geprägt: es sollte nicht Mitglieder erster und zweiter „Klasse“ geben. Den Einwänden, daß das, was hier unbestandenweise als Klassifizierung im übelsten Sinne des Wortes bezeichnet werde, doch eine mögliche Anpassung an die finanzielle Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeitergruppen in den verschiedenen Orten mit den verschiedensten Lebensverhältnissen sei, begegnete man mit der beliebten Formel: durch die Gleichstellung der Beiträge werden die niedriger Entlohnerten angespart, auch auf die Höhe der anderen zu kommen, und wenn man sie niedriger Beiträge zahlen lasse, würde ihr Interesse an dem Aufstieg gemindert oder gelähmt. So alt, so unzutreffend war und ist dies, das hat doch nun eine langjährige Organisationsstätigkeit unseres Verbandes und das, was er geschaffen hat, bewiesen. Vergessen wurde aber bei der Argumentation auch immer, daß auch die Kollegen der Orte mit höheren Löhnen nicht stehen bleiben, sondern sich diese mit Hilfe ihrer Organisation weiter verbessern.

Von der Pferdestärke (HP).

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

In England, dem Mutterland der Maschinenindustrie, wo auch die Anwendung der Pferdestärke als maschinelles Arbeitsmaß am ersten erfolgte und sich bald allgemein einbürgerte, wurde dann die Bezeichnung „horse-power“, das englische Wort für Pferdestärke, abgekürzt in das bekannte Zeichen HP., das seitdem das Symbol des maschinellen Kraft- und Arbeitsmaßes der Techniker der ganzen Welt geworden ist; in den deutschsprachigen Ländern ist dafür jetzt größtenteils das Zeichen PS., die Abkürzung für „Pferdestärke“ getreten. Eine PS. ist also die Kraft, die 75 Kilogramm in einer Sekunde 1 Meter hochzuheben vermag, und eine Dampf- oder sonstige Kraftmaschine von 100 PS. muß imstande sein, wenn sie an ein Pumpwerk angeschlossen wird, das Hundertfache dieser Arbeit zu leisten, also pro Sekunde 7500 Kilogramm Wasser aus einer Tiefe von 1 Meter zu fördern. Dieselbe Kraftleistung wird die Dampfmaschine natürlich auch entfalten, wenn sie nicht dazu dient Wasser zu fördern, sondern vermittelt eines Stollerganges Gestein zu zermahlen oder eine Spinnmaschine anzutreiben oder irgendeine andere Arbeit zu liefern. Allgemein kann auf diese Weise die Leistung jeder Kraftmaschine und auch jeder durch eine Kraftmaschine angetriebenen Arbeits- oder Werkmaschine auf Pferdestärken als das Maß ihrer Leistungsfähigkeit zurückgeführt werden.

Sehen wir uns nunmehr die Kraft von 1 PS. etwas näher an: Nehmen wir eine Kraft von 1 PS., die also ein Gewicht von 75 Kilogramm pro Sekunde um einen Meter heben kann, so ist es einleuchtend, daß diese Kraft ein anderes Gewicht in derselben Zeit um so höher zu heben vermag, je leichter es ist. Der 75. Teil einer PS. ist ersichtlich nur imstande, den 75. Teil jenes Gewichtes, also nur ein Kilogramm, um einen Meter zu heben; soll dieses eine Kilogramm jedoch 75 Meter gehoben werden, so ist dazu wiederum

75 mal mehr Kraft als in dem letzten Falle, also 75 mal $\frac{1}{75}$ PS., also wiederum eine volle PS., erforderlich. Eine PS. vermag also sowohl 75 Kilogramm um 1 Meter, wie auch 1 Kilogramm um 75 Meter oder 25 Kilogramm um 3 Meter usw. zu heben. In allen Fällen ist die erzielte Leistung ein Produkt von Arbeitszeit (Sekunde), Höhe (Meter) und Gewicht (Kilogramm), wobei die Zahl der Meter, multipliziert mit der Zahl der Kilogramme, stets 75 ergibt. Man sagt daher, daß die Arbeitsleistung einer PS. gleich 75 Sekundenmeterkilogramm ist. Ist also die Pferdestärke eine Kraft, so ist das Sekundenmeterkilogramm das Maß der mit einer Kraft zu erzielenden Arbeitsleistung oder des Effekts derselben, wobei 75 Sekundenmeterkilogramm (abgekürzt geschrieben: secmkg) die Arbeitsleistung oder der Effekt von einer PS. sind. Der Effekt einer Dampfmaschine von 100 PS. beträgt demnach 7500 Sekundenmeterkilogramm. Entweder kann diese Arbeitsleistung darin bestehen, daß die Maschine 7500 Kilogramm um 1 Meter, oder 1 Kilogramm um 7500 Meter, oder etwa 2500 Kilogramm 3 Meter usw. pro Sekunde hebt, oder endlich andere Arbeitsquantitäten pro Sekunde liefert, die diesen Leistungen entsprechen. In einer Minute dagegen wird die Maschine das 60fache dieser Arbeitsleistung erzielen, indem sie entweder 7500 Kilogramm um 60 Meter oder 2500 Kilogramm um 180 Meter usw. hebt, und auf diese Weise läßt sich die Arbeitsleistung einer jeden Kraftmaschine von gegebener Stärke für alle Verhältnisse leicht und sicher berechnen.

Früher, als man noch nicht nach Meter und daher auch noch nicht nach Kilogramm rechnete und jeder Staat sein eigenes Maßsystem besaß, hatte daher die Pferdestärke in den verschiedenen Staaten verschiedene Werte. Die deutschsprachigen Länder rechneten nach Pfund und Fuß, wobei aber auch jeder Staat und jedes Dukendland sein eigenes Pfund- und Fußmaß hatte. So war in Preußen 1 PS. gleich

480 preussische Sekundenpfund, im Geltungsbereich des englischen Maßes 1 PS. gleich 550 englische Sekundenpfund. Alle diese Werte weichen jedoch von der Größe von 75 Sekundenmeterkilogramm nur wenig ab, dennoch aber war natürlich die Einführung dieser internationalen und in der ganzen Welt der Technik heute allgemein gültigen Bezeichnung für die maschinelle Arbeitsleistung nur mit Freuden zu begrüßen und ein wesentlicher Fortschritt zur Erleichterung und Vereinfachung des internationalen Verkehrs in Technik, Arbeit und Wirtschaft. Bei alledem ist aber noch festzuhalten, daß die Stärke eines wirklichen Pferdes, wie oben ausgeführt, nur etwa zwei Drittel einer maschinellen PS. beträgt. Neuerdings endlich ist vielfach angeregt worden, statt der Einheit von 75 Sekundenmeterkilogramm eine solche von 100 Sekundenmeterkilogramm anzuwenden, die für die technischen Rechenarbeiten allerdings viel Vorteil und Erleichterung bieten würde, ein Vorschlag, der besonders seitens der französischen Techniker gemacht worden ist, die für diese Maßeinheit auch den Namen Poncelet vorgeschlagen haben; ebenso ist auch angeregt worden, wie die Arbeitsleistung der elektrischen Maschinen, so auch die aller anderen Maschinen nach Kilowatt zu berechnen, wobei 1 Kilowatt gleich 101,9 Sekundenmeterkilogramm gleich 1,36 PS. wäre, ein Vorschlag, durch dessen Verwirklichung auf allen Gebieten der Technik eine einheitliche Berechnung der maschinellen Arbeitsweise erfolgen würde. Trotz dieser Vorteile sind diese Vorschläge von der Mehrzahl der Techniker jedoch mit Entschiedenheit abgelehnt worden, so daß die PS. in der Größe von 75 Sekundenmeterkilogramm vorderhand wohl die Herrschaft im technischen Rechnungswesen behaupten wird.

Eine besondere Eigenart weist die Anwendung der PS. als Maß für die Arbeitsleistung bei dem modernen Automobil auf, also gerade bei dem Erzeugnis der Technik, bei dem die „Pferdestärke“ als Ersatz für die Kraft des wirklichen Pferdes von Fleisch

Andererseits war der gleiche Beitrag für die männlichen Mitglieder mit ein Bemerkung, der Organisation in den zurückgebliebenen Orten mit den schlechtesten Löhnen Eingang zu verschaffen; so blieben die Löhne dort auf dem alten Stand und der Unterschied in den Löhnen der männlichen Mitglieder wurde nicht gemindert, teilweise sogar vergrößert. So wirkte das „Prinzip“ der gleichen Rechte und Pflichten bei so unterschiedlichen Verhältnissen nemend für die Organisation. In den einzelnen Orten selbst, unter den verschieden erlaubten Arbeitergruppen, ist der Unterschied in den Löhnen meistens geringer geworden, teilweise ganz verschwunden. Der gleiche Beitrag ist daran sicher nicht schuld, sondern das dahingehende Bestreben unserer Organisation.

Die Anträge auf weitere Staffelung der Beiträge, den Löhnen entsprechend, wurden bisher auf den Verbandstagen abgelehnt. Die Beiträge liegen inzwischen von 15 auf 20 und 25 Pf. für weibliche Mitglieder und von 30 auf 40 und 45 Pf. für männliche. Endlich sah es der Mündigkeits-Verbandsrat 1908 ein, daß ein einheitlicher Beitrag und gleiche Leistungen bei Löhnen von 10 bis 36 Mk. pro Woche wirklich nicht zweckmäßig sein können, und unter Heraushebung der Beiträge auf 30 Pf. für weibliche und 50 Pf. für männliche Mitglieder schuf er eine zweite Beitragsstufe für männliche Mitglieder dergestalt, daß männliche Mitglieder bei einem Wochenlohn unter 18 Mk. in die Beitragsstufe der weiblichen Mitglieder einrangiert wurden. Das Prinzip war nun zwar durchbrochen, aber dadurch wurde die Unzulänglichkeit unseres Beitragssystems erst recht offenbar, und zwar besonders in bezug auf die Streikunterstützung, die sich ja dem Beiträgen anpassen, andererseits aber auch zu den Löhnen in einem zweckentsprechenden Verhältnis stehen muß. Die Streikunterstützung war festgesetzt auf 2 Mk. bis 3,05 Mk. pro Tag oder 14 Mk. bis 21,35 Mk. pro Woche für die Mitglieder mit 50 Pf. Beitrag, je nachdem sie ledig oder verheiratet sind und nach der Kinderzahl bis zu einer gewissen Grenze, und unter den gleichen Voraussetzungen auf 1,20 Mark bis 1,70 Mk. pro Tag oder 8,40 Mk. bis 11,90 Mk. pro Woche für die Mitglieder mit 30 Pf. Beitrag. Also eine Differenz in der Streikunterstützung von 5,60 Mk. im Mindest- und 9,25 Mk. im Höchstmaß zwischen den beiden Beitragsstufen, die vorhanden waren, gegenüber einer Lohndifferenz von 10 Pf. pro Woche. Daß ein solcher unnatürlicher Zustand unhaltbar ist, hat auch der Verbandsrat eingesehen, denn er beschloß auch zugleich, daß den Mitgliedern mit einem Wochenlohn unter 18 Mk. gestattet ist, in die höhere Beitragsstufe zu zahlen. Aber damit ist der unhaltbare Zustand nicht beseitigt. Ein Mitglied, welches bei 16 Mk. Wochenlohn 30 Pf. Beitrag zahlt, erhält im Höchstfall 11,90 Mk. Unterstüzung, also 4,10 Mk. weniger als der Lohn beträgt; zahlt es 50 Pf. Beitrag, so erhält es den vollen Lohn, aber 5,75 Mk. weniger als das Statut festsetzt, da Unterstüzung nur in Höhe des Lohnes gezahlt wird, was an sich durchaus richtig ist. Aber warum dieser krasse Unterschied, warum ist nicht die Möglichkeit eines gesünderen Verhältnisses gegeben? Die Unterstüzung muß sich nach den Beiträgen richten, aber andererseits, besonders bei Streiks, auch nach den Löhnen, wenn man gerecht verfahren und den Verhältnissen Rechnung tragen will, und das ist bei einer Beitragsstufe von 3 zu 5 ein Ding der Unmöglichkeit.

Nun besteht die Absicht, dieses unmögliche und unhaltbare Staffelsystem progressiv zu erweitern, also 30, 50 und 70 Pf. Das hieße, den jetzigen unhaltbaren Zustand noch verschlimmern. Nach den Ausführungen des Kollegen Ebel sollte jedes Mitglied berechtigt sein, den 70 Pf.-Beitrag zu zahlen und selbstverständlich auch die entsprechenden Unterstüetzungen, progressiv gesteigert, zu erhalten. Das ist gänzlich unmöglich in Rücksicht auf das Statut und in Rücksicht auch auf die Wirklichkeit, soweit die Unterstüzung bei Streik, Aussperrung und Maßregelung in Betracht

kommt. Auch hier würde das Mitglied Unterstüzung nur bis zum vollen Lohn erhalten können. Als Höchstmaß der Streikunterstüzung hat Kollege Ebel 29,75 Mk. vorgeschlagen. Bei beispielsweise 18, 20, 22 Mk. Lohn würde also die Unterstüzung nach dem vorgesehene Höchstmaß um 11,75 Mk., 9,75 Mk., 7,75 Mk. pro Woche gekürzt werden, um auf den vollen Lohn herunterzukommen, während diejenigen Mitglieder mit entsprechendem höheren Löhnen bei gleichem Beitrag ihre volle Unterstüzung erhalten könnten. Ja, glaubt denn jemand, daß dies durchführbar oder daß es der Organisation dienlich wäre? Nicht dadurch muß ein Ausgleich geschaffen werden, daß man die Unterstüzung den höheren Löhnen entsprechend kürzt, sondern daß man die Unterstüetzungen entsprechend den Beiträgen so stellt, daß sie auch wirklich gezahlt werden können, nicht nur in Rücksicht auf die Löhne, sondern auch in Rücksicht auf die Verbandskasse. Und diese Frage ist ja schließlich auch nicht ganz nebensächlich.

Nun liegen ja Anträge vor, die für die Staffelsbeiträge von 30, 50 und 70 Pf. bestimmte Lohngrenzen festsetzen. Da bringt uns die Spannung von 20 Pf. bei progressiver Steigerung der Streikunterstüzung dieselben unhaltbaren Verhältnisse wie bei der Beitragshöhe zwischen 30 und 50 Pf. Rechnen wir als Lohngrenze 24 Mk. pro Woche, bei welcher 70 Pf. gezahlt werden sollen. Das Mitglied mit 23,50 Mk. Lohn erhielt bei 50 Pf. Beitrag im Höchstfall 21,35 Mk. pro Woche Unterstüzung, das Mitglied mit 24 Mk. Lohn bei 70 Pf. Beitrag den vollen Lohn und immer noch 5,75 Mk. weniger als die Unterstüzung beträgt und das Mitglied bei 30 Mk. Lohn bei gleichem Beitrag erhalten würde. Sehen wir aber die Lohngrenze für den 70 Pf.-Beitrag höher, etwa 28 Mk., so wird es damit keineswegs besser. Mit 27,50 Mk. Lohn betrüge die Streikunterstüzung im Höchstfall 21,35 Mk., bei 28 Mk. würde der volle Lohn gezahlt. Wie man auch das Ding drehen mag, eine Staffelssteigerung um 20 Pf. ist widerwärtig und unhaltbar, und es ist Zeit, daß die jetzige Steigerung um 20 Pf. verschwindet.

Weichen wir aber einmal bei der Lohngrenze von 24 Mk. für den 70 Pf.-Beitrag und die hierfür vorgeschlagene Streikunterstüzung von 19,60 Mk. bis 29,75 Mk. wägendlich und untersuchen wir, was diese für die Verbandskasse bedeutet. Und weil wir ja größere Kämpfe zu erwarten haben, wie ja auch die Befürworter der 70 Pf.-Staffel annehmen, die auch durchaus im Bereich der Wahrscheinlichkeit liegen, so ist wohl ein Vergleich mit früheren größeren Kampfsjahren gestattet: der Jahre 1904 und 1905.

Im Jahre 1904 hatten wir Ausgaben an Unterstüzung bei Streik, Aussperrung und Maßregelung die Summe von 171 526 Mk. Ziehen wir davon 10 Proz. für Vorkostkosten, Flugblätter usw. ab, so bleibt eine Summe von 154 374 Mk. für Unterstüetzungen. Die statutenmäßige Streikunterstüzung betrug 1,50 Mk. und 2 Mk. pro Tag. In Ermangelung genauer Zahlen nehmen wir den Durchschnitt, das sind 1,75 Mk. pro Tag. Den durchschnittlichen Tagesatz in die Gesamtsumme dividiert, ergibt 88 219 Unterstüetzungstage. Der durchschnittliche Unterstüetzungssatz der vorgeschlagenen Streikunterstüzung für die 70 Pf.-Staffel beträgt 3,62 Mk. pro Tag. Nach diesem Satz würden uns die 88 219 Unterstüetzungstage 319 353 Mk. kosten. Diese Unterstüetzungstage gelten aber für eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 18 485 vom Jahre 1904, das sind pro Mitglied 4,8 Unterstüetzungstage. Diese 4,8 Unterstüetzungstage pro Mitglied ergeben aber bei einem Mitgliederbestand von 50 000, wie wir ihn mindestens im Jahre 1913 zu erwarten haben, die Summe von 240 000 Unterstüetzungstagen; so viel wären es im Verhältnis zu 1904. Und diese kosteten uns die Summe von 8 68 800 Mk.

Im Jahre 1905 war das Verhältnis wie folgt: Gesamtausgaben für Streik, Aussperrung und Maßregelung 171 356 Mk. Davon ab 10 Proz. für die schon angegebenen Ausgaben, bleiben für Unterstüetzungen 154 221 Mk. Durch-

schnittlicher Unterstüetzungssatz pro Tag 2,36 Mk., weil die Unterstüetzung inzwischen auf 1,50 Mk. bis 3 Mk. pro Tag erhöht war. Das ergibt Unterstüetzungstage 65 848 oder pro Mitglied 3 Tage. Bei einem Tagesatz von 3,62 Mk. im Durchschnitt würde die Unterstüetzung 236 560 Mk. betragen. Die Summe der Unterstüetzungstage würde aber bei durchschnittlich 50 000 Mitgliedern und pro Mitglied 3 Tage 150 000 betragen. Pro Tag 3,62 Mk. macht 543 000 Mark. Zwei solche Kampfsjahre wie 1904 und 1905 kosteten uns also nach der vorgeschlagenen Sätze und der Mitgliederzahl entsprechend 1 411 800 Mk. ohne die sonstigen Ausgaben, die ich mit 10 Proz. in Abzug gebracht habe, und die in Zukunft auch noch höher werden dürften. Voraussetzung bei dieser Berechnung ist allerdings, daß alle zu unterstüetzenden Mitglieder 24 Mk. und mehr pro Woche an Lohn haben, der Abzug von 10 Proz. für sonstige Ausgaben stimmt und auch der durchschnittliche Unterstüetzungssatz 1904 und 1905 und auch bei den vorgeschlagenen Sätzen richtig ist. Ziel wird sich in Wirklichkeit nicht daran ändern, möglicherweise noch zumungunsten zukünftiger Kämpfe. Aber selbst etwas niedrigere Summen bei diesen immerhin noch nicht großen Kämpfen angenommen, dürften den Mitgliedern doch sagen, daß vor solch einer hohen Streikunterstüzung bei 70 Pf. Beitrag keine Rede sein kann, da diese uns sehr schnell schwach machen könnte und würde. Bei dieser Streikunterstüzung muß der Beitrag schon erheblich höher sein.

Sehen wir einmal zu, wie bei anderen Verbänden Beitrag und Streikunterstüzung zueinander stehen. Dabei will ich nur die Beiträge von 50 Pf. pro Woche an in Betracht ziehen, soweit mir Statuten zur Verfügung stehen.

Vergarbeiter: 50 Pf. Beitrag, Streikunterstüzung im Höchstfall 15 Mk. (Gemeinregel 16 Mk.) pro Woche, jedes Schulkind 1 Mk. pro Woche;

Transportarbeiter: 50 Pf. Beitrag, Unterstüzung im Höchstfall 13 Mk. pro Woche, Frau sowie Kinder unter 15 Jahren je 1 Mk. pro Woche und nur bis zur Höhe des Lohnes;

Schuhmacher: 55 Pf. Beitrag, Höchstunterstüzung pro Tag 2 Mk., jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk. pro Woche;

Steinarbeiter: 50 Pf. Beitrag 11 Mk. pro Woche, 60 Pf. Beitrag 13,50 Mk. pro Woche und Kinder unter 14 Jahren 1 Mk. pro Woche;

Textilarbeiter: 50 Pf. Beitrag 2 Mk., 60 Pf. Beitrag 2,40 Mk. pro Tag, jedes Kind 1 Mk. pro Woche;

Solzarbeiter: 60 Pf. Beitrag, 14 Mk. pro Woche, jedes Kind 1 Mk. bis zu 20 Mk. insgesamt;

Metallarbeiter: 60 Pf. Beitrag, 14 Mk. pro Woche und jedes der Fürsorge unterstehende Kind 1 Mk. pro Woche;

Schmiede: 65 Pf. Beitrag, Unterstüzung 14 Mk. pro Woche und jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk. pro Woche;

Buchbinder: 50 Pf. Beitrag 14 Mk., 80 Pf. Beitrag 16 Mk. und Kinder unter 14 Jahren 1 Mk. pro Woche, nur bis zur Höhe des Lohnes.

Bauarbeiter: Bei den Bauarbeitern steigen die Unterstüetzungssätze nach der Dauer der Mitgliedschaft und sind die Termine für die einzelnen Sätze ihrer Steigerung: bis 1/2 Jahr, bis 1 Jahr, bis 1 bis 3 Jahre, 3 bis 5 Jahre, 5 bis 7 Jahre, über 7 Jahre. Für Beiträge von 50 Pf. und darüber werden gezahlt pro Woche, wenn wir nur die Mitgliederzahl von über 1 Jahr in Betracht ziehen:

Bei 50 Pfemig 10 bis 13 Mark pro Woche			
55	11	14	"
60	11	15	"
65	12	16	"
70	12	17	"
75	13	18	"

und Blut noch eine unmittelbare und viel sinnfälliger Bedeutung hat als bei den anderen Maschinen. Während beispielsweise eine Dampfmaschine oder ein Elektromotor von 30 Pferdestärken auch wirklich so viel oder sogar noch um reichlich ein Drittel mehr leistet als 30 Pferde, ist das bei einem Automobil von 30 PS. durchaus nicht der Fall; hier ist der Nutzeffekt ein viel geringerer, als der Zahl der PS. entspricht. Das wird dadurch bedingt, daß der in den Wagen eingebaute Motor zwar tatsächlich die Kraftleistung von 30 PS. zu entfalten vermag, daß aber ein ganz bedeutender und sogar der größere Teil dieser Kraft für die Bewegung des schweren und komplizierten Triebwerkes, durch welches der Motor auf die Räder wirkt, und des weiteren zur Fortbewegung des Wagens selbst darauf geht, so daß für den Transport der Ladung des Wagens, die eigentliche Nutzlast, nur ein verhältnismäßig geringer Teil der wirklich vorhandenen Kraft übrigbleibt. Daher ist es ausgeschlossen, daß ein Motowagen von 30 PS auch nur annähernd soviel leisten könnte wie 30 Pferde von Fleisch und Bein. Welches der wirkliche Nutzeffekt eines Motowagens der genannten Art ist bzw. wieviel Pferde er in Wirklichkeit zu ersetzen vermag, läßt sich leicht berechnen. Ein Motowagen von 30 PS. vermag also in Wirklichkeit nur etwa 6 bis 8 Pferde zu ersetzen, und der übrige, größere Teil seiner Kraft ist für den Nutzeffekt verloren. Beim Automobil ersetzen also nur etwa 4 PS. eine wirkliche Pferdekraft von Fleisch und Blut.

So sehen wir, daß sich hinter dem anscheinend so einfachen Begriff der PS., den wir täglich so oft, ohne

viel über ihn nachzudenken, gebrauchen, eine Fülle technischer Einzelheiten und Bestimmungen birgt, die man kennen muß, wenn uns jener vielgebrauchte technische Grundbegriff wirklich verständlich werden soll.

Maschinelle Anlagen in der Mülerei.

In Braunschweig gibt es eine Firma „Amme, Giesede u. Koenen N.-G.“, deren Fabrikationskatalog und Fabrikationsfolge ein lehrreiches Beispiel für die technischen Fortschritte im Mühलगewerbe darbietet. Dort werden Mülereimaschinen hergestellt, die unter dem Namen „Algefa“ in allen Kulturländern der Erde weit verbreitet sind.

Es ist interessant, an der technischen Ausführung dieser Mühlenanlagen die Hauptgrundsätze „Selbsttätigkeit und Wirtschaftlichkeit“ verwirklicht zu sehen. Diese Voraussetzungen beschränken sich nicht nur auf selbsttätige Annahme und möglichst selbsttätige Verladung, sondern auch in der selbsttätigen Führung aller Produkte, in der eigentlichen Vermahlungs- und Sudanlage, also der Mühle. Erstrebenswert dabei besonders natürlich eine Ersparnis an Arbeitskräften und damit an Arbeitslöhnen; womit auch eine gewisse Unabhängigkeit der Anlage vom Arbeiter erreicht wird.

Selbsttätig wird zunächst das Getreide durch einen Schiffsselevator angenommen, selbsttätig gewogen und dann vorbereinigt im Reinigungsgebäude, das sich an die Mühlenanlagen anschließt. Von der Annahme gelangt der Weizen in das große Getreide-Lagerhaus, das in Siloform gehalten, also mit großen Lagertrichtern ausgestattet ist. Das Getreide wird aus den Trichtern ebenfalls durch selbsttätige Wagen Förderbänder und Becherwerke entnommen, die den Weizen zu der Getreidereinigung führen. In dieser Reinigungsanlage wird der Weizen gründlich gereinigt, gewaschen und getrocknet, um ihn so für die Vermahlung vorzubereiten.

An die Reinigungsanlage schließt sich die Mühlenanlage an, wo die Führungen der Schrotungen und Mahlungen zur Sichtung und alle Zwischenführungen

ganz selbsttätig durchgeführt werden. Die fertigen Produkte wie Mehl, Kleie und Zwischenprodukte werden sämtlich ohne menschliche Hilfskräfte nach dem Magazin zur Lagerung gebracht. Die Abladung geht hier wiederum mit selbsttätigen Saugmaschinen vor sich, und nur die eigentliche Verladung und Aufstapelung erfolgt von Menschenhand.

Aus Gründen der Feuerficherheit ist das Getreidemagazin mit seinem wertvollen Inhalt durch einen Zwischenraum von der eigentlichen Mühlenanlage getrennt, ebenso befindet sich ein Trennungsraum zwischen dem Magazin für fertige Produkte und der eigentlichen Mühlenanlage. Bei dem an sich einfachen Arbeitsdurchgang finden wir also hier ebenfalls eine planvolle Anordnung der Einzelglieder der ganzen Anlage.

Eine weitere sehr interessante Anordnung wird auch für die Getreideverladeanlagen durchgeführt. Nicht nur die Getreideverarbeitung, sondern auch der Getreidetransport wird nach modernen Gesichtspunkten eingerichtet. Man verwendet pneumatische Getreideheber, die Handlöschung wird durch den mechanischen Betrieb ersetzt.

Der pneumatische Getreideheber ist ein großes Röhrengestell, das schwimmend an die Ladestiffe herangesteuert wird. Eine Kräfteanlage dient zum Antrieb von zwei kräftig stehenden Luftpumpen. Diese Luftpumpen erzeugen die verdünnte Luft, die in Röhren mit großer Geschwindigkeit dahinströmt und die Energie entwickelt, das im Schiffsraum lose geschüttete Getreide an sich zu reifen und nach einem großen Behälter zu befördern.

Der Behälter hat an seinem unteren Ende eine Luftschleuse, durch die das Getreide abgelassen und dem Wagen zugeführt werden kann. Von dem Wagen gelangt das Getreide dann mittels Elevator und Schüttrohr nach den Leichterschiffen oder nach dem Ufer.

Aus: „Technik und Arbeit“, Beilage zur Frankfurter „Volksstimme“.

Bis 80 Pfennig 13 bis 19 Mark pro Woche

85 " 14 " 20 " " "

90 " 15 " 21 " " "

für jedes Kind, das noch der obligatorischen Schulpflicht untersteht oder noch nicht schulpflichtig ist, 1 Mk. pro Woche.

In allen Fällen habe ich die Höchstätze herangezogen. Man wird hier finden, daß unsere Unterstützung dem Beitrag entsprechend im Durchschnitt die höchste ist, daß wir nach den vorgeschlagenen Sätzen für die 70-Pf.-Stafel den Boden unter den Füßen verlieren würden. Mit 70 Pf. Beitrag und mehr kommen hier nur die Buchbinder und Bauarbeiter in Frage. Die Buchbinder will ich außer Acht lassen, weil sie von ihren Beiträgen auch Invalidentätigkeit zahlen, aber die Bauarbeiter zahlen bei 70 Pf. Beitrag im Höchstfall 17 Mk. pro Woche, und das ist nach siebenjähriger Mitgliedsdauer, nach einjähriger Mitgliedsdauer nur 12 Mk. Wenn ein Bauarbeiter mit 70 Pf. Beitrag den für uns vorgeschlagenen Unterstützungsatz erreichen will, muß er bei einjähriger Mitgliedschaft 13 Kinder haben, bei siebenjähriger auch noch 13 Kinder, und selbst bei 90 Pf. Beitrag kommt er erst mit 15 bzw. 16 Kindern auf die Höhe der Unterstützung, die bei uns für 70 Pf. gezahlt wird. Ich meine, da ist nicht viel mehr zu diskutieren.

Die Frage bleibt auch dann undiskutierbar, wenn man berücksichtigt, daß die Bauarbeiter nur 40 Beiträge pro Jahr zahlen, wenn man bei uns eine Leistung von 52 Wochenbeiträgen a 70 Pf. in Rechnung stellt, die Gesamtsumme also gleich wäre, und wenn man unsere sonstigen Unterstützungen, die ausgedehnter sind als im Bauarbeiterverband, außer Rechnung läßt.

Also auf diesem Wege wird weder eine gesunde, dem Interesse des Verbandes dienende Reform der Beiträge erzielt, noch wird dadurch unsere Organisation aktionsfähiger gemacht, für zukünftige größere Kämpfe vorgesorgt. Will man das, so muß man von der Staffelsteigerung um 10 Pf. abgehen und Staffelsteigerungen mit 10 Pf. einrichten. Staffelsteigerungen über 10 Pf. haben meines Wissens nur die Schuhmacher (15 Pf.), Schmiede (20 Pf.), Buchbinder (25 und 30 Pf.); bei den Buchbindern spielt bei dem höchsten Beitrag die Invalidentät eine Rolle, und bei den Schuhmachern und Schmieden handelt es sich um keine so große Verschiedenheit in den Lohnverhältnissen als bei uns; bei den Bauarbeitern und Transportarbeitern haben wir nur Steigerungen um 5 Pf. Und auch die Progression der Unterstützung muß eine andere sein. Sehen wir zu dem jetzigen 50-Pf.-Beitrag einen solchen von 60 Pf. und formen wir die Unterstützung ähnlich wie der Antrag auf Seite 180 des Protokolls vom letzten Verbandstag besagt, dann haben wir eine zweckentsprechende Reform der Beiträge und auch die Gewähr, daß wir mit unseren Finanzen großen Kämpfen weit ruhiger entgegengehen können, mindestens so ruhig wie unter den jetzigen Verhältnissen, was bei der von Engel vorgeschlagenen Unterstützung auch bei 70-Pf.-Beiträgen nicht der Fall ist. Und selbst wenn der weitere Beitrag von 60 Pf. auch nur schrittweise beschlossen würde, steht zu erwarten, daß alle Kollegen von einer bestimmten, noch näher festzusetzenden Lohngrenze an ihn freiwillig leisten würden, und da hätten wir auch gleich die Probe aufs Exempel, ob darauf zu rechnen ist. Die unglückliche Spannung zwischen 30 und 40 Pf. wäre ja damit immer noch nicht beseitigt, aber wenn man da nicht noch eine Zwischenschicht einführen will, dann wäre es schon noch besser, man setzte den untersten Beitrag von 30 auf 40 Pf. hinauf, die in gleichem Maße steigende Unterstützung würde die in Betracht kommenden Mitglieder mit der Beitragserhöhung sicher ausöhnen. Ueber die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in nächster Nummer.

Zu berichtigen ist aus dem Artikel in letzter Nummer ein Sachfehler in der Tabelle. Für 1910 ist als Vermögen pro Mitglied gesagt: 14,36 Mk. Wie schon die Vermögenszunahme von 1,50 Mk. in der nebenstehenden Rubrik ergibt, muß es heißen: 24,36 Mk. F. K r i e g.

In Anbetracht der noch mifflichen Verhältnisse hier am Orte sowie auch anderwärts, sehe ich mich veranlaßt, einige Worte zum Verbandstag zu sagen. Zuerst will ich mich mit der Agitation befassen, die doch eine Hauptaufgabe der modernen Arbeiterbewegung ist. Agitation ist wohlweislich Fleißarbeit; aber eine von den wichtigsten, der deshalb mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Im großen ganzen fehlt es da hauptsächlich an den Vorarbeiten. Meiner Meinung nach müssen sich die Bezirksleiter in diesen Jahrestellen, wo keine Angestellten vorhanden sind, dieser Sache mehr widmen. Zweckmäßiger wäre es, wenn eine unheilvolle Agitation betrieben werden soll, daß die nötigen Anweisungen dazu vom Hauptverband gegeben würden. Wünschenswert wäre es auch, wenn in der "Verbandszeitung" von Zeit zu Zeit über diesen Punkt berichtet würde und auf den Verbandstagen als Extrapunkt auf der Tagesordnung zur Verhandlung stände. Nun zur Agitation am Orte selbst. Es dürfte ja einer Anzahl von Kollegen, die schon die Ehre gehabt haben, im Bopperthal zu arbeiten, sowie einigen Kollegen des Verbandes bekannt sein, unter welcher schwierigen Verhältnisse hier Agitation zu betreiben ist. Agitation wird hier wohl schon seit Jahrzehnten betrieben, doch ist das Ergebnis bis jetzt noch nicht derartig, wie es sein sollte. Diesem Uebel könnte abgeholfen werden, wenn für Oberfeld-Barmen-Menscheid ein Agitationsbeamter, zugleich Beitragskassierer und Kassierer angestellt würde. Mindestens bei einem Drittel der Mitglieder ist das Kassieren der Beiträge mit Umständen verbunden. Im allgemeinen möchte man dazu übergehen, mehr Agitations- als Sozialbeamte anzustellen, denn wenn was angesprochen werden soll, muß man sich auch voll und ganz dieser Sache widmen können. Dieses kann man aber nicht von einem Arbeiter verlangen, der den ganzen Tag arbeitet; zudem ist manches Mitglied durch sonstige Familienangelegenheiten, wie es sein in der Gewerkschaft, Partei, Genossenschaft, Krankenkassenwesen, oder durch Ausübung eines Ehrenamtes in der Gesetzgebung mehr oder weniger in Anspruch genommen. Was die Verwaltungsarbeiten in einzelnen Jahrestellen anbelangt, können diese wie bisher von den Kollegen verrichtet werden. Bekanntlich ist Sozial-

Agitationsangestellter nicht ein und dasselbe, da erstere nur Verwaltungsarbeiten, Betriebsbesprechungen und dergleichen besorgt. Zur Hausagitation bleibt da sehr wenig Zeit. Bei Anstellung von Beamten ist es nicht immer angebracht, daß aus den Jahrestellen oder dem Bezirk, wo die Stelle zu besetzen ist, Kollegen berücksichtigt werden. Im Gegenteil wäre es manchmal für die betreffenden Jahrestellen vorteilhafter, wenn auswärtige Mitglieder in Betracht kämen.

Ein Wort zu dem Finanzwesen. Der diesjährige Verbandstag wird sich voraussichtlich mit der Beitragserhöhung beschäftigen. Bevor man dazu übergeht, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß das abzuliefernde Geld nicht brach in den Jahrestellen liegen bleibt.

Ferner möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Wahlkreiseinteilung nicht immer die richtige ist. Es müßte mehr darauf gesehen werden, daß sich die einzelnen Jahrestellen so viel wie möglich an den Verbandstagen beteiligen können. Zu diesem Zwecke darf nicht die Mitgliederzahl gerechnet werden, und kommt es nicht auf die Größe der Jahrestelle an, sondern auf die Verhältnisse der einzelnen Jahrestellen; es kann doch eher ein Delegierter eine große, als ein Delegierter zehn kleinere Jahrestellen vertreten. Die Verteilung des Verbandstages besteht wiederum größtenteils aus Beamten; das ist niemals das Richtige. Bei solchen Verhandlungen muß man darauf bedacht sein, daß mehr Arbeiter vertreten sind.

Der Münchener Parteitagbeschluss, daß Beamte, Arbeiter usw., welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall haben, verpflichtet sind, den Tagesverdienst vom 1. Mai an die Partei abzuliefern, muß besprochen werden und die Delegierten müssen dafür eintreten, daß sich ein Beschluss wieder aufgehoben wird, denn dieser bringt niemals gute Folgen. Anton Wagner, Barmen.

Bisher hat sich noch kein Kollege veranlaßt gesehen, den Delegierten zum Verbandstag einige Winke mit auf den Weg zu geben, die unserer zukünftigen Agitation förderlich wären. Nach meiner Ansicht müssen auf dem Verbandstage Fragen, die die Agitation betreffen, die erste Reihe einnehmen, und dann erst kann man zum Ausbau und zur Verbesserung innerhalb der Organisation übergehen. Liegt doch das ganze Wohl und Wehe einer Vereinigung in der Hauptsache in der Stärke ihrer Mitgliederzahl. Dasselbe trifft selbstverständlich auch auf die Organisationen der Arbeiterklassen und auch auf den Brauer- und Mühlenarbeiterverband zu. Jeder, der seiner Organisation dienlich sein und ihr neue Lebenskraft zuführen will, der muß zu allererst auf Vermehrung und Stärkung der Mitgliederzahl Bedacht nehmen. Es dürfte zutreffen, daß wir in unseren Kreisen eine Anzahl Kollegen haben, die glauben, daß wir mit unserer Organisation an einer Verbreitung angelangt sind, wo jede weitere durchgreifende Agitation nicht von besonderer Wichtigkeit ist. Sehen wir aber die Lage in unserem Berufe etwas genauer an und lassen wir die Vorgänge, die sich in letzter Zeit in der Arbeiterbewegung abgespielt haben, an uns vorüberziehen, so merken wir, daß wir durchaus keine Veranlassung haben, auf agitatorischem Gebiet die Hände in den Schößen zu legen und abzuwarten, was uns die Zukunft bringt. Stimm 50 Proz. der Arbeiter in unseren Berufen sind organisiert, ein ganz unbedeutender Bruchteil steht uns heute in der Form von gegnerischen Gewerkschaften gegenüber. Die Mehrzahl dagegen steht noch abseits, hat den Wert und die Bedeutung einer Organisation noch nicht erkannt, tritt uns bei Lohnbewegungen hemmend in den Weg und trägt einen großen Teil Schuld, daß unsere Organisation auf dem Gebiet zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht mehr als gesehen erreichen konnte. Wollen wir also in Zukunft mehr Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse gewinnen, so müssen wir unsere Reihen noch bedeutend verstärken und den Prozentsatz der Indifferenten um ein beträchtliches Stück schmälern. Alles, was uns zum Vorteil der Agitation nützlich erscheint, das dürfen wir nicht achtlos beiseite schieben. Unser Unternehmertum wird in Zukunft alles aufbieten, um unser weiteres Vordringen zu verhindern; je mächtiger wir werden, desto größer die Gefahr für die Höhe ihres Profits und desto anstrengender wird auf dieser Seite gearbeitet werden, um unser Fortschreiten zu hemmen.

In den bestehenden christlichen und gelben Gewerkschaften erblicken die Unternehmer eine wirksame Stütze ihrer Interessen. Sie wissen, daß ihnen diese bei Lohnkämpfen zur Verfügung stehen, die sich dazu gebrauchen lassen, die Bestrebungen der kämpfenden Arbeiter zu verhindern. Erfreulicherweise haben wir bisher mit solchen Elementen in unserem Gewerbe nicht in so umfangreichem Maße zu rechnen. Geben wir uns nicht der Hoffnung hin, daß es damit in Zukunft nicht noch schlimmer wird. Der Anfang ist gemacht und alle unsere Gegner werden die größten Anstrengungen machen, diese Streikbrecherorganisation zu einer Bedeutung auszubilden. Der Bund deutscher, österreichischer und schweizerischer Braugezellen, der auf Streikbruch eingeübt ist, wird den Grundstein zu diesen beiden genannten Organisationen liefern. Im Osten sind heute schon eine Anzahl Bundesvereine den Reichs- und Provinzialvereinen angeschlossen, während wir sie im Rheinland teilweise in den christlichen Kartellen vertreten sehen. Und über kurz oder lang werden wir sie öffentlich unter der schwarz-blauen Flagge segeln sehen. Kollegen bedenkt, was auf dem Spiele steht, wenn diese Konfurrenten mehr Einfluß in unserem Berufe gewinnen. Vergewaltigt Euch die Vorgänge in Danzig, Freiburg usw. Denkt an die erbärmliche Rolle, die bei dem letzten Bergarbeiterstreik der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter gespielt hat. Wir werden den Streik verhindern, und wenn es Kopf und Kragen kostet!

Das waren die Worte des christlichen Arbeiterführers Johann Giesberts, die er am 7. März 1912 bei einer Besprechung mit Herrn Minister Dellbrück über den bevorstehenden Bergarbeiterkampf äußerte. Zudem standen am 11. März im Ruhrgebiet 240 000 Bergarbeiter im Streik, um das drückende Bergmannselend zu lindern. Der christliche Bergarbeiterverband und seine Helfershelfer brachten es aber durch ihr schändliches Treiben fertig, daß in 14 Tagen der Kampf nutzlos abgebrochen wurde und die Leute in ihr hartes Joch zurück-

kehren mußten. So handelt man in diesem Lager, nach dem Grundsatze des Bischofs Henle: „Wer knecht ist, muß knecht bleiben.“

Wollen wir uns nicht der Gefahr aussetzen, noch mehr solche Verrätertriche in unserer Bewegung zu erleben, dann, Kollegen, an die Arbeit; lären wir beiseite die Indifferenten über das Treiben der Schwarzblaugelben auf, so werden wir diesen das Wasser zu ihrer Mühle abgraben. Dazu ist aber die Mithilfe jedes einzelnen Kollegen notwendig. Damit unsere Kollegen allerorts mit dem nötigen Aufklärungsmaterial versehen und stets über das Tun und Treiben der Gegner orientiert sind, richte ich an die Verbandskollegen das Ersuchen, dahin zu wirken, daß der Hauptvorstand beauftragt wird, alljährlich eine Broschüre herauszugeben, in der über das ganze Verhalten der gegnerischen Konkurrenzorganisationen berichtet wird. Damit könnte von manchem Kollegen ein ziemliches Stück Agitationsarbeit geleistet werden. Auch die Einführung der Bezirkskonferenzen, die von einigen Kollegen angeregt wurden, möchte ich den Delegierten zur Annahme bestens empfehlen, denn auch diese dürften in der Hauptsache der Agitation zugute kommen.

Die Jahrestelle Schwemmingen a. N. hat an den diesjährigen Verbandstag wiederholt den Antrag gestellt, für den Schwarzwald einen Agitationsbeamten anzustellen. Selbst diejenigen Kollegen, die die Verhältnisse in dieser Gegend nur oberflächlich kennen, werden zugeben, daß dieser Antrag berechtigt ist. Der Schwarzwald bildet das äußere Grenzgebiet des 9. und 11. Bezirkes. Die Agitation kann von den beiden Bezirksleitern nicht gründlich ausgeführt werden. Die Brauereien, meist kleinere Betriebe mit 3-5 Leuten und einigen Lehrlingen, liegen weit und breit zerstreut. Es ist deshalb für die Bezirksleiter (Ulm und Straßburg) durch ihre weite Entfernung zu zerräubern, um dort gründlich zu arbeiten. Die Kollegen bleiben meist unaufgeklärt und haben die Unternehmer bei Lohnkämpfen ein günstiges Feld, aus dem Schwarzwald Streikbrecher heranzuföhren. Bei dem letzten Streik in der Schweiz haben Agenten ganze Trupps von solchen unerfahrenen Leuten als Hausknecht dorthin abgeschickt. Wenn wir hier das Uebel nicht bei der Wurzel angreifen, so können wir damit rechnen, daß uns mancher Lohnkampf durch solche ungeschulte Leute verlängert oder in manchen Fällen sogar vereitelt wird. Ein Beamter, der sich in der Hauptsache der Kleinagitation widmen muß, gleich einem Wanderer, der mit dem Stab in der Hand von Ort zu Ort zieht, ist für den Schwarzwald ein dringendes Bedürfnis und dürfte uns wieder um ein ziemliches Stück vorwärts bringen.

Hoffen wir, daß der Verbandstag nicht achtlos an diesem wichtigen Punkt vorbeigeht und daß die Delegierten ihre ganze Kraft in die Wagschale werfen, wenn sie Gelegenheit haben, im Interesse der Agitation zu handeln. A. d. W e i ß, N a c h e n.

Es haben sich bis jetzt mehrere Kollegen in verschiedenen Richtungen geäußert betreffs einer fachtechnischen Beilage zu unserer Verbandszeitung, und es ist auch zugleich auf die Kosten hingewiesen worden, welche eine derartige Einrichtung verursachen würde. Es war schon längst mein sehnlichster Wunsch, solche fachtechnischen Artikel in unserer Verbandsorgane zu lesen, ja selbst zu schreiben. Das wäre eine sehr große Stütze für unsere jungen Kollegen, die meistens von den Landbrauereien kommen und sehr tüchtig Anschließen gelernt haben, dabei oft nicht wissen, mit welchen Vor- oder Nachteilen sie unter dem Kommando des Vorgesetzten arbeiten müssen. Ich zweifle nicht daran, daß dadurch auch die Agitation wesentlich erleichtert und die Fortentwicklung unseres Verbandes eine sehr erfreuliche wird. Nun müssen wir aber eine solche Einrichtung möglichst auf billige Wege leiten. Ich wäre nun folgender Meinung: Daß unsere Verbandszeitung durch die Weiterentwicklung des Verbandes später einer Vergrößerung bedarf, darüber gibt es keinen Zweifel. Mit dieser Erweiterung wäre eben Gelegenheit genug geboten, einen gewissen Raum oder Abteilung für fachtechnische Artikel zu bestimmen. Wir haben unter uns gewiß viele ältere Kollegen, die gerne bereit sind, für diese Einrichtung Stoff zu bringen. Unsere jüngeren Kollegen dagegen werden es mit Freuden begrüßen, denn es wird in ihnen ein gewisser Fortbildungsgeist wachgerufen, und mancher wird vom Buzen oder Ausspannen verschont bleiben. Selbstverständlich sind nur diejenigen Kollegen gemeint, die auch wirklich Interesse daran haben. Ich möchte hier nur ein kurzes Beispiel anführen, wo ich persönlich beteiligt war. Es ist nicht so lange her, wo ich noch an der Bierpflanze einer hiesigen Brauerei stand. Wenn dem Herrn Braumeister das Bier im Gärteller nicht durchging, lief er zum Prinzipal und verklagte den Bierfiedler, dieser habe immer zu wenig Diarmische in der Pflanze. Er hat aber dabei vergessen, daß der Bierfiedler sich nur nach den Verhältnissen der Einrichtung richten kann. Nun gut, auf Kommando des Herrn Prinzipals mußte ich so viel Diarmische in die Pflanze bringen, daß die Kette am Rührwerk sich weigerte, ihren Dienst zu leisten. Bei dieser Gelegenheit wurde auf Kommando des Prinzipals die Pflanze dort angebrannt, daß am Boden eine schwarze, mehrere Zentimeter dicke Kruste haftete. Die Kollegen werden schon entsetzlichen, wenn ich einen kleinen Abstecker gemacht habe, denn ich glaube nur damit meine vorzulegende Meinung begründen zu können und möchte zugleich, daß sich der diesjährige Verbandstag nur dieser Sache eingehend beschäftigt. Das ist gleichsam die Saat; die Ernte wird sein: tüchtige Kollegen im Fach und tüchtige Kollegen in der Organisation heranzubilden. Die Kollegen werden dadurch erzogen, wie sie sich im Beruf zu verhalten haben. Denn solche Gedanken bezw. Sorgen, wieviel Maß Bier einer im Tag zwingt, sind für den modernen Brauereiarbeiter überflüssig geworden. Heute treten andere Forderungen an ihn heran, nämlich, daß er sich den richtig denkenden Kollegen anschließt, und das sind zweifellos diejenigen 47 000, die den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband bilden. Mögen diese Beilen unsere Delegierten in Mannheim eingehend prüfen und dafür Sorge tragen, daß fernerhin auch fachtechnische Artikel in unserer Zeitung zu lesen sind. J. o. h. W a u l e r, R e m p t e n.

Die Ausführungen des Kollegen Egel in Nr. 14 der „Verbandszeitung“ veranlassen mich, entgegen meiner sonstigen Gepflogenheit, an dieser Stelle zu einigen Bemerkungen das Wort zu nehmen. Die Ausführungen des Kollegen Egel waren nicht in der Sache, meine Meinung, wie ich sie in der Berliner Mitgliederversammlung am 17. März dargelegt habe, zu erschüttern. Wenn man sich die Vorgänge vor dem Berliner Verbandstag, der uns die Verschmelzung mit den Mühlenarbeitern brachte, noch einmal durch den Kopf gehen läßt und diese mit der Situation vor dem diesjährigen Verbandstag vergleicht, so kommt man zum gleichen Resultat: Ebnung der Wege zur Verschmelzung mit anderen Verbänden der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Vor dem Berliner Verbandstag wurden seitens des Hauptvorstandes keine Anträge auf Beitragserhöhung gestellt, weil eben die Mühlenarbeiter auch keine höheren Beiträge erhoben wie der Brauereiarbeiterverband, und die Frage der Beitragshöhe, ganz entgegen der Ansicht des Kollegen Egel und der Verschmelzungsfreunde nicht „das geringste von den in Betracht kommenden Hindernissen“ war. Hätte der Brauereiarbeiterverband im Jahre 1910 eine Beitragserhöhung beschlossen, die Abstimmung der Mühlenarbeiterdelegierten wäre vielleicht anders ausgefallen.

In diesem Jahre hat der Hauptvorstand auch keine Anträge auf Beitragserhöhung gestellt, aber vom Verbandsvorsitzenden sind derartige Vorschläge gemacht worden, die geeignet sind, den Beitragsunterschied zwischen unserer Organisation und dem für die Verschmelzung ins Auge gefaßten Verband oder den Verbänden zu vermindern.

Zu dieser Auffassung kommt man nicht durch „lebhafteste Phantasie“, sondern durch die Erfahrung, die man bei der letzten Verschmelzung gemacht hat und welche den aufmerksamsten Beobachter mit der nötigen Dosis Mißtrauen ausstatten. Man denke doch bloß an jene demütigende Urabstimmung, von der es erst hieß, sie solle nur sondieren, wie die Auffassung der Mitglieder über die Verschmelzung sei. Als dann eine Mehrheit der Abstimmenden sich für Verschmelzung aussprach, wurde die Urabstimmung vom Hauptvorstand für definitiv erklärt.

Kollege Egel führt als Hauptgrund zu seinem Antrag auf fakultative Beitragserhöhung den an, „Mittel zu schaffen, um Streiks mit größerer Ruhe und Sicherheit infolge ausreichender Unterstützungen durchzuführen zu können“. Wegen dieses Grundes läßt sich sicher nichts einwenden. Wenn dieser Grund bei dem Hauptvorstand aber stets Übung war, und daran zu zweifeln liegt kein Anlaß vor, dann muß gesagt werden, daß der Hauptvorstand, voran der Hauptvorsitzende, sich im Jahre 1910 ihrer Pflicht nicht vollumfänglich bewußt waren. Die Vorbereitungen zur Mühlenarbeiterverschmelzung und zum Berliner Verbandstag fielen zeitlich zusammen mit den Vorbereitungen zur Berliner Lohnbewegung. Die Tarifverträge waren gefährdet, und 80 Proz. der Berliner Kollegen waren an der Bewegung beteiligt. Niemand wollte, daß die Bewegung mit oder ohne Streik ende. Wäre es zum Ausstand gekommen, dann wären Anforderungen an die Hauptkasse gestellt worden wie vielleicht nie zuvor. Und was tat der Hauptvorstand? Er setzte den vom Kollegen Egel aufgestellten Grundes außer Kraft und stellte zum Berliner Verbandstag keine Anträge auf Erhöhung der Beiträge. Und warum? Um die geplante Verschmelzung mit den Mühlenarbeitern nicht zu gefährden. Denn die Beitragsfrage ist nicht „das geringste von den in Betracht kommenden Hindernissen“.

Nach Feststellung dieser Tatsachen dürfte es erklärlich erscheinen, daß ich, nicht infolge meiner „lebhaften Phantasie“, sondern gewiß durch die Erfahrung und erfüllt von Mißtrauen zu der Ueberzeugung gelangt bin, daß der Vorschlag des Kollegen Egel auf Einführung der fakultativen Beitragserhöhung als vorbereitende Tätigkeit zu weiteren Verschmelzungen anzusehen ist.

Von den übrigen Unrichtigkeiten in dem Artikel des Kollegen Egel will ich nur noch eine erwähnen, die auch schon in dem Schriftsatz Egel's in Nr. 13 der „Verbandszeitung“ enthalten ist. Es betrifft dies die Lokalunterstützungen der Zahlstelle Berlin. Kollege Egel stellt die Sache in beiden Artikeln so dar, als ob in Berlin die Lokalunterstützung eingeführt worden sei, um eben Lokalunterstützung zahlen zu können. Dies ist nicht richtig. Durch die Verschmelzung der beiden früheren Sektionen in Berlin und durch das spätere Hinzutreten der Gruppe der Mühlenarbeiter traten in der Lokalbeitragsfrage unheilbare Zustände ein. Um diese zu beseitigen, wurde ein Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Woche, den die Brauer und die Mühlenarbeiter schon zahlten, allgemein eingeführt. Und da die Berliner Mühlenarbeiter bereits Lokalunterstützung zahlten, ließ sich die Einführung einer Lokalunterstützung nicht vermeiden. Diese Vorgänge dürften doch auch dem Kollegen Egel bekannt sein.

Berlin. Ludwig Sobapp.

Der Verbandstag des Verbandes der Brauereiarbeiter, Fassbinder und verw. Berufsgenossen Oesterreichs.

Am 16. Mai trafen die Delegierten unseres österreichischen Bruderverbandes zum drittenmal zusammen, um sich Bericht erstatten zu lassen über die Tätigkeit des Hauptvorstandes und zu raten und zu taten für die Weiterentwicklung des Verbandes.

Welche Beachtung der österreichische Verband unter den organisierten Brauereiarbeitern der verschiedenen Länder findet, zeigen die Delegationen zu seinem Verbandstag. Es hatten Delegierte gesandt: Der amerikanische Brauereiarbeiterverband seinen Schatzsekretär Kollegen Ad. Hübner, der deutsche Verband seinen Vorsitzenden M. Egel, der Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz seinen Verbandssekretär Fijäger. Vertreten war ferner der Deutsche Völkerverband durch Genossen Winkelmann, Bremen, sowie die Gewerkschaftskommission und die Landespartei Oesterreichs.

Aus dem Vorstandsbericht ist hervorzuheben, daß die Entwicklung des Verbandes hinsichtlich der Vermehrung seiner Mitgliederzahl während der Berichtsperiode durch drei Umstände sehr ungünstig beeinflusst wurde. Durch die beabsichtigte Erhöhung der Brauereiarbeiters, durch die immer

weiter um sich greifenden Fusionen und vor allen Dingen durch die separatistischen Bestrebungen der tschechischen Arbeiter. Wohl hebt der Vorstandsbericht hervor, daß der Verband der Brauereiarbeiter usw. diejenige Organisation ist, welche unter dem Separatismus am wenigsten gelitten hat, trotz des gemeinen Verrates zweier Verbandsangehörigen, weil rechtzeitig energische Abwehrmaßnahmen ergriffen wurden. Aber ein Vorwärtsschreiten im bedeutendsten Bierland der Monarchie, in Böhmen, wurde durch die separatistischen Umtriebe vereitelt, so daß die Brauereiarbeiter Böhmens von den Unternehmern in der schamlosesten Weise ausgebeutet werden können, da sowohl die Zentralorganisation wie auch die tschechisch-separatistischen Verbände durchaus machtlos sind.

Wenn unter solchen Verhältnissen die Mitgliederzahl nur stagnierte, so ist das im Vergleich zu den übrigen Gewerkschaften, welche durch die separatistischen Geheerereien fast durchwegs Mitgliederverluste zu verzeichnen haben, ein durchaus befriedigendes Ergebnis. Es zeigt, wie fest die Organisation wurzelt. Lehteres geht aber ganz besonders deutlich aus der Beitragsleistung und Finanzgebarung hervor:

Bei einer Mitgliederzahl von:
 10 194 im Jahre 1909 betragen die Einnahmen 235 296,75 Kr.
 10 169 " " 1910 " " " " " " 242 523,98 "
 10 329 " " 1911 " " " " " " 247 439,92 "

An Mehreinnahmen wurden erzielt:
 1909 . . . 68 650,28 Kr.) Mehreinnahmen in der
 1910 . . . 108 840,44 ") Berichtsperiode
 1911 . . . 124 208,54 ") 301 699,25 Kronen.

Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am 31. Dezember 1911 516 296,48 Kronen.

Zu diesem günstigen Abschluß trug die gute Beschäftigung des letzten Jahres bei, wodurch ein Sinken der Arbeitslosen-, der Reise- und der Unzugunterstützung eintrat. Außerdem beanspruchte die Streikunterstützung im Jahre 1911 nur 4409 Kronen, das ist um einige hundert Kronen weniger als 1910. Diejenige Unterstützung, welche unserem deutschen Verband die höchsten Ausgaben verursacht, nämlich die Krankenunterstützung, besteht im österreichischen Verband nicht. So erklärt es sich, daß der österreichische Verband in einem Jahr an Unterstützungen nur um etwa 1/4 mehr ausgegeben hat, wie die Berliner Zahlstelle allein im 1. Quartal 1912. Davan mögen unsere Mitglieder die Ueberlegenheit des österreichischen Verbandes in finanzieller Hinsicht erkennen.

Daß der Vorstandsbericht die Delegierten in allen Teilen vollumfänglich befriedigte, bewies der Umstand, daß er ohne jegliche Diskussion entgegengenommen wurde.

Vor den zur Beratung stehenden Punkten war weit aus der wichtigste die Einführung einer Invalidenunterstützung in Oesterreich bisher und wie es scheint auch für nicht absehbarer Zeit völlig versagt. So ist dieser Schritt des österreichischen Verbandes, besonders weil auf Jahre hinaus nur eine mäßige Ausgabe erwachsen wird, sehr begreiflich. Hierzu kommt, daß sich der Verbandstag darüber einig war, daß an die Einführung von Krankenunterstützung im Verband nicht zu denken sei, und daß man eine Erhöhung der Beiträge für selbstverständlich halte, sobald es sich zeige, daß die Kasse stärker, als voranzutreten ist, in Anspruch genommen würde.

Der Antrag des Hauptvorstandes auf Einführung der Invalidenunterstützung wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Danach können vom 1. Januar 1913 an Mitglieder, welche vollständig und dauernd erwerbsunfähig sind und mindestens 780 Wochenbeiträge (15 Jahre) geleistet haben, in der 1. Beitragsklasse eine monatliche Rente von 20 Kronen, jährlich 240 Kronen; in der 2. Beitragsklasse 15 Kronen, jährlich 180 Kronen; in der 3. Beitragsklasse 10 Kronen, jährlich 120 Kronen, beziehen. Die Rente wird monatlich im Nachhinein ausbezahlt. Invalidenrentner sind von der Beitragsleistung befreit.

Es wurden dazu eine Reihe Bestimmungen getroffen, welche sich auf den Rentenbezug bei gleichzeitigem Bezug von Unfallrente beziehen, sowie auf Behandlung von Mitgliedern, welche aus anderen Verbänden übertreten, und solche, welche in eine andere Beitragsklasse eintreten.

Es folgte ein Referat des Kollegen Schmidt über „Lohnbewegungen und Tarifverträge“. Es schloß sich daran eine ausgedehnte Diskussion, woran sich auch Kollege Egel beteiligte, um die in einigen Punkten abweichende Taktik des deutschen Verbandes zu erklären.

Der Verbandstag, welcher seine Arbeiten am 18. Mai beendete, war getragen vom besten gewerkschaftlichen Geist und von schönster Harmonie sowohl unter den verschiedenen sprachigen Delegierten, wie auch den Vertretern der auswärtigen Verbände. Diese konnten mit Freude konstatieren, daß sich die tschechischen Delegierten mit der allgrößten Entschiedenheit gegen die separatistische Berührung wandten, und das berechtigt zu der Hoffnung, daß, wenn auch langsam, so doch sicher die Erkenntnis zum Durchbruch kommen wird, daß der Separatismus einzig und allein dem Unternehmer Nutzen bringt, weil die Zerstückelung unter den Arbeitern ihm gestattet, diese nach Willkür auszubeuten. Sowohl der Kollege Egel in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär, wie auch Kollege Hübner namens des amerikanischen Brauereiarbeiterverbandes ließen keinen Zweifel darüber bestehen, daß Mitglieder der separatistischen Verbände in den der Internationalen Vereinigung angeschlossenen Verbänden keine Aufnahme und keinerlei Unterstützung finden werden. Sie wurden vielmehr als Feinde der gewerkschaftlichen Bestrebungen behandelt.

Der Kollege Egel konnte in seinen Abschiedsworten das außerordentlich gute Verhältnis hervorheben, welches zwischen dem deutschen und dem österreichischen Verband besteht. Er konnte als internationaler Sekretär aber auch konstatieren, daß der österreichische Verband sich in hoher Weise seiner internationalen Solidarität bewußt ist. Er sprach den Wunsch aus, daß dem außerordentlich ehrenden Zeugnis des Vertreters der österreichischen Gewerkschaftskommission, daß der Verband der Brauereiarbeiter, Fassbinder usw. Oesterreichs die bestgeleitete Organisation Oesterreichs

sei, bald die Tatsache folgen möge, daß die Brauereiarbeiter Oesterreichs auch bald als die bestorganisierte Arbeiterkategorie dieses Landes angesprochen werden können. Alle Delegierten der auswärtigen Bruderorganisationen haben sicherlich aus dem Verlauf des Delegierten-tages die Gewißheit gezogen, daß die österreichischen Kollegen auf dem besten Wege dazu sind. Auch an dieser Stelle sei dem österreichischen Verband nochmals der beste Erfolg für seine Bestrebungen gewünscht.

M. Egel.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Während man in Deutschland für die Anerkennung der freien Gewerkschaften als Kulturbüchel Schritt um Schritt unter den schwierigsten Umständen kämpfen muß, ist es dem ersten Repräsentanten der deutschen Gewerkschaften, dem Genossen Karl Legien, vergönnt, im ersten Parlament der Welt, in Washington, zu den Vertretern aller Parteien im Beisein der Regierungsvertreter zu sprechen. Dabei hat Legien es nicht unterlassen, sich offen als Gegner der Kämpfungen aller Länder zu bekennen. Wenn die Regierung bei uns zu wichtigen Tagungen, wie Gewerkschaftskongressen, Heimarbeitertagen und dergleichen, geladen wurde, dann hatte man nie Zeit, diesen sozialen Veranstaltungen Gehör zu schenken und einen Vertreter zu entsenden. Hier in dem wilden Amerika, dem klassischen Lande des Kapitalismus, unterbricht das Parlament seine Sitzung, um einem Fremden, einem Gewerkschaftsvertreter, einem Sozialisten das Wort zu geben. Wir sind weit entfernt davon, diese Tat zu überschätzen, denn die amerikanischen Parlamentarier sind in der überaus großen Mehrzahl Vertreter des Kapitals. Andererseits haben auch die amerikanischen Gewerkschaften noch so viele, und wenig Sympathie abringende Eigenschaften an sich, daß wir die an sich herzliche Aufnahme Legiens immer noch mit einer gewissen Neugier beobachten. Dessenungeachtet besteht für uns aber der Anschluß an die internationale Gewerkschaftszentrale als zu Recht und betrachten wir die amerikanischen Arbeiter als Brüder, die mit uns unter einem gemeinsamen Ziel marschieren. So wird die Aufnahme Legiens im Gegensatz zu der Behandlung von Ausländern in unserem Lande, wir erinnern nur an die häufigen Niederbrote, bei jedem Kulturmenschen Achtung erzeugen.

Der Verband der Handlungsgehilfen tagte am 5. und 6. Mai in Berlin. Den eigentlichen Verhandlungen voraus gingen vier Referate über sozialpolitische Themen, die in näherer Fühlung mit dem Handelsgewerbe stehen, so unter anderem das Wahlrecht der weiblichen Angestellten, die Rindigungsfristen, das Koalitionsrecht im Kaufmannsgewerbe usw. Die Förderung einer Einheitsorganisation im Handelsberuf hat sehr gute Fortschritte gemacht und wurden die Einigungsorschläge bezüglich einer Verschmelzung mit dem Verband der Lagerhalter von der Generalversammlung angenommen. Der Vertreter der Lagerhalter gab die Erklärung ab, daß seine Organisation aller Voraussicht nach diesen Abmachungen alsbald zustimmen werde, und daher die Verschmelzung dieser beiden Organisationen am 1. Januar 1913 in Kraft treten wird. Mit einer knappen Majorität wurde die Sitzverlegung des Verbandes von Hamburg nach Berlin beschlossen und trat wiederum ein Wechsel in den leitenden Personen ein. Aus dem Geschäftsbericht ist noch hervorzuheben, daß die Organisation trotz der großen Schwierigkeiten, die ihr entgegenstehen, nennenswerte Fortschritte in der Mitgliedererwerbung sowie in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen derselben aufzuweisen hat. Insbesondere hat der Tarifvertrag guten Eingang gefunden.

Für die Tabakarbeiter tritt am 1. Juli 1912 eine neue Organisation in Kraft, nachdem in der vergangenen Woche auf einem gemeinsamen Verbandstage des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und des Verbandes der Zigarrenfortierer die Grundlagen für die Verschmelzung geschaffen wurden. Die seit längeren Jahren betriebenen Einigungsverhandlungen wurden durch den letzten Kampf im Tabakarbeitergewerbe sehr beschleunigt. Das neue Statut trägt den beiden alten Organisationen in weitgehendster Weise Rechnung. Insbesondere wurden die Unterstützungsansprüche der einzelnen Sparten gesichert. Die Redaktion des Fachorgans wird von Leipzig nach Bremen, an den Sitz des Hauptvorstandes, verlegt. Im Vordergrund der Diskussion standen die Erfahrungen des letzten Lohnkampfes, nachdem Deichmann, der Vorsitzende der Organisation, über diesen Punkt referiert hatte. Insbesondere wird Gewicht darauf gelegt, daß neue Tarifverträge nicht abgeschlossen werden dürfen, wenn nicht gleichzeitig auch für die Zigarrenfortierer Verbesserungen tariflich festgelegt werden. Die Zigarettenarbeiterinnen verlangen gleichfalls die größte Berücksichtigung und wird von den verschiedensten Rednern und Rednerinnen auf die soziale Lage dieser Gruppe hingewiesen. Der Gedanke, daß auch die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter die Verpflichtung haben, ihre Organisation so auszubauen, daß sie der Allgemeinheit weniger zur Last fallen, fand allseitig Zustimmung. Nur in der eigenen Organisation soll der Stützpunkt liegen und wurden deshalb auch die Beiträge in entsprechender Form reformiert. Zu bemerken ist noch, daß der Verbandstag den Beschluß faßte, die aus dem neuen Gesetz für Versicherung der Privatbeamten für die Verbandsbeamten entstehenden Lasten ganz auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Der Verband der Steinarbeiter hielt seinen 5. Verbandstag in der Woche vom 13. Mai in München ab. Der Geschäftsbericht weist auf eine sehr enorme Steigerung der Mitglieder hin, und zwar stieg die Organisation in den beiden letzten Berichtsjahren von 17 095 auf 26 871 Mitglieder. Aus diesem Grunde sind auch die außerordentlich zahlreichen Lohnbewegungen erklärlich und sind verhältnismäßig viele Tarifabschlüsse zustande gekommen. Es bestehen am Ende der Geschäftsperiode deren 108, die 55 Proz. der Verbandsmitglieder umfassen. Unter einem besonderen Punkt der Tagesordnung wurde das Tarifwesen noch behandelt. Von Bedeutung ist ferner ein Antrag, wonach die augenblicklich tagende Generalversammlung in derselben Zusammensetzung wieder einberufen werden kann, wenn es sich um Klärung bedeutender Fragen

handelt. Schließlich wurde die Einsetzung eines Beirates beschlossen. Aus den sonstigen Verhandlungsgegenständen ragt die Frage der Einsetzung der Arbeitslosenunterstützung hervor. In den Bauberufen steht man der Einsetzung dieser Unterstützung sehr skeptisch gegenüber, weil die Arbeitslosigkeit zu groß ist und teilweise bis zu 80 Proz. der Mitglieber beträgt. Die für diesen Unterstützungszweck aufzubringenden Mittel müssen daher sehr hohe sein, wenn die Sache einigermaßen prosperieren soll. In der Abstimmung wurde die Arbeitslosenunterstützung mit 40 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Bei Abschluß des letzten Kampfes im Jofiergewerbe wurde vereinbart, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in absehbarer Zeit durch zentrale Verhandlungen zu regeln. Diese haben jetzt stattgefunden, jedoch mit vollständig negativem Resultat, so daß die Sitzung schon nach zwei Stunden aufgehoben wurde. Die Unternehmer haben ihre Stellung bereits am 14. Mai festgelegt, jedoch ist darüber nichts Bestimmtes bekannt. Ob es nun zum offenen Kampf oder zu einer Aussperrung kommt, ist zurzeit noch eine offene Frage.

Die Aussperrung der Metallarbeiter im Maingau ist nicht in der angeordneten Form zur Ausführung gekommen. Bekanntlich sollten 60 Proz. der beteiligten Arbeiter auf Pfälzer fliegen. Wenn alles gerechnet wird, kommen höchstens 40 Proz. in Betracht. Die Organisation der Metallarbeiter hat teilweise die Kräfte, welche man in den Betrieben weiterarbeiten lassen wollte, herausgezogen. Es hat den Anschein, als sollten die Differenzen in den nächsten Tagen beigelegt werden. — Der Streik auf der Vulkanwerft ist mit gutem Erfolge roffieremerkend ist für die größte Zahl der Firmen beendet worden. — Der Kampf in den Berliner Kassen und Arbeiter als beendet anzusehen und bestehen nur noch kleine Werkstatstreiks. — Die Verhandlungen im Kampf der Stukkateure verliefen ergebnislos. Neue Verhandlungen stehen in Sicht.

Bewegung im Berufe.

Zuzug ist fernzuhalten nach folgenden

Brauereien:

- Balingen, Aplerbrauerei.
- Bonn, Brauereien.
- Indersdorf (Bayern), Brauerei Fuchsbieler.
- Jettingen (Schwaben), Schloßbrauerei.
- Schwandorf, Brauerei Hubmann.
- Waltersdorf (N.-B.), Brauerei Meindl.

Malzfabriken:

- Dresden-Kleinwachwitz, Malzfabrik Hainund Girt.
- Ludwigshafen, Malzfabrik Schoeffler u. Co.
- Wfungstadt, Malzfabrik Hildebrand.

Mühlen:

- Willingen (Würtbg.), Walzenmühle.
- Somburg (Pfalz), Mühlenwerke.
- Knautfleberg, Wilh. Feiner.
- Wiesbaden, Steinmühle.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien.

† Berlin. Streik und Tarifvertrag. Die in der Jungbierbrauerei „Loboi“, Fruchtstr. 37 (dem Herrn E. Gruhn gehörig), beschäftigten Arbeitnehmer, seit längerer Zeit in unserem Verband organisiert, ließen am 18. Mai cr. durch ihre Organisation dem Brauereibesitzer einen Tarifvertragsentwurf überreichen. In dem beiliegenden Anschreiben meldeten sich die Vertreter der Organisation zur Verhandlung und Besprechung in dieser Angelegenheit zu Mittwoch, den 22. Mai, an. Mit wendender Post, also bereits am 19. Mai, erhielt die Ortsverwaltung den Entwurf, einschließlich Begleitschreiben, aber ohne jede Antwort oder Äußerung des Herrn Gruhn, zurück. Die einzig richtige Antwort auf dies brisante Verhalten, nämlich die Arbeitsniederlegung, erfolgte einmütig am Donnerstag, den 23. Mai. Der Streik endete nach vierstündiger Dauer mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter. Der Tarif wurde voll anerkannt, und war dieser Erfolg nur daher so schnell möglich, weil Mann für Mann zur Organisation standen.

† Krositzschin. Tarifvertrag. Der Tarifvertrag mit der Brauerei Gerner u. Kahrenellenbogen wurde auf weitere drei Jahre erneuert. Es treten sofort Lohnaufbesserungen von 50 Pf., 1 Mk. und 1,50 Mk. ein. Im nächsten Jahre tritt eine weitere Lohnaufbesserung ein.

† Südbad-Waldburg. Tarifvertrag. Mit der Kasseburger Aktienbrauerei wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der den Kollegen folgende Verbesserungen brachte: Lohnhöhung von 2 Mk. pro Woche, Erhöhung der Ueberstundenätze um 5 Pf. pro Stunde und vom 1. Oktober an eine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde pro Tag. Es ist nur bedauerlich, daß eine Anzahl der Kollegen dem Verbands noch nicht angehört, sonst wäre das Ergebnis ein besseres gewesen. Die Direktion legt den Kollegen sicher nichts in den Weg, es liegt also an diesen Kollegen allein, wenn sie der Organisation fernbleiben, zu ihrem eigenen Schaden. Wir hoffen erlässlich, daß die uns noch fernstehenden Kollegen nun endlich ihren Fehler einsehen und sich unserem Verbands anschließen, damit wir auf der jetzt geschaffenen tariflichen Grundlage bei gegebener Zeit weiter bauen können. Die Organisation ist anerkannt, es liegt also nur an den unorganisierten Kollegen, wenn zukünftig kein besseres Ergebnis gezeitigt wird. Also hinein in den Verband.

† Mannheim-Ludwigshafen und Umgegend. Tarifverträge. Nachdem die Lohnbewegungen der Brauereiarbeiter der größeren Brauereien von Mannheim-Ludwigshafen und Schwetzingen durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages und zum Teil mit sehr schönen Erfolgen beigelegt waren, trachteten auch die Kollegen in den kleineren Betrieben danach, ihre Verhältnisse zu verbessern und die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln.

Die erste Bewegung mit dem Bierdepot der Brauerei Sinner-Grünwinkel fand bereits nach den Bestimmungen des Mannheim-Ludwigshafener Tarifvertrages seine Erledigung.

Dieser folgten die Brauereien Hasbräu und Brauerei Belde in Schwetzingen. Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt für die im inneren Betrieb beschäftigten Arbeiter 1/2 Stunde pro Tag; für die Bierfahrer 1 Stunde. Die Lohnhöhungen betragen 2,50

Mark und 3 Mk. pro Woche. Die Ueberstundenätze an Wochentagen und an Sonn- und Feiertagen erhöhen sich pro Stunde um 10 Pf. Der Urlaub mit voller Bezahlung des Lohnes wurde weiter ausgedehnt und nach § 616 BGB. wurden Verbesserungen erzielt. Die erforderlichen Arbeitskräfte werden vom Verband bezogen.

Einen sehr schweren Standpunkt hatten wir auch diesmal wieder mit der Gdingener Aktienbrauerei in Gdingen. Wohl sind ein großer Teil der Arbeitsverhältnisse nach dem Muster des Mannheimer Vertrages geregelt, aber die Löhne zählen trotz der Verbesserung von 2 Mk. pro Woche zu den geringsten der Umgebung. Die Arbeitszeit wurde von 9 1/2 auf 9 Stunden herabgesetzt, und für die Schichtarbeiter ist noch eine kleine Verbesserung herausgekommen. Beim Abschluß ersuchten wir die Direktion noch um einige kleinere Vergünstigungen für Lehrlere und die Fahrer, die bei einigermaßen gutem Willen noch zu gewähren sind.

Den Abschluß machten wir ferner mit der Brauerei Pfisterer „Zum Badischen Hof“, in Seckenheim, wo das Entgegenkommen der Firma ein sehr gutes war. Auch hier wurde die Arbeitszeit pro Tag um eine halbe Stunde gekürzt, die Bezahlung der Ueberarbeit an Sonn- und Feiertagen sowie an Wochenlagen um 10 Pf. pro Stunde erhöht. Die Lohnhöhung beträgt pro Woche 3 Mk. und die sonstigen Bedingungen des Vertrages sind zu den guten zu zählen.

Wenn nun alle Kollegen bei den Lohnbewegungen die Augen offen halten, so müssen sie auch hier einsehen, welche Vorteile ihnen die Organisation in den letzten zehn Jahren gebracht hat. Daher sollte sich jeder Kollege in seinem eigenen Interesse zur Aufgabe machen, bei allen Anlässen, wo sich nun Gelegenheit bietet, für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, denn der Kampf ums Dasein wird immer schwieriger. Darum, auf an die Arbeit.

† Dagersheim. Tarifvertrag. Am 8. Mai kam mit der Brauerei S. Treiber ein auf ein Jahr geltender Tarifvertrag zum Abschluß. Es wurden mit diesem Neuausschluß für die Arbeiter anerkanntswerte Verbesserungen erzielt. Die Arbeitszeit wurde für die inneren Betriebsarbeiter um eine halbe Stunde täglich verkürzt, von 10 auf 9 1/2 Stunden, für die Bierfahrer im Sommer um eine Stunde, im Winter um eine halbe Stunde täglich; demnach haben die Bierfahrer im Sommer eine 10 1/2-, im Winter eine 9 1/2stündige Arbeitszeit. Auch ist die Anwesenheitspflicht der Bierfahrer im Sommer auf 13, im Winter auf 11 1/2 Stunden beschränkt worden. Die Bierfahrer erhalten, wie jede andere Arbeitergruppe, jede Arbeit, die über die jetztgesetzte Arbeitszeit sich ausdehnt, als Ueberarbeit bezahlt. Es wurde die vollständige Extrabezahlung jedweder Sonn- und Feiertagsarbeit erreicht. Die ursprünglichen Sätze für Ueber-, Sonn- und Feiertagsarbeit wurden durchweg um 10 Pf. für die Stunde erhöht. Die Werktagüberstunden - jeigew für Bierfahrer und Hilfsarbeiter von 40 auf 50 Pf., für die übrigen Arbeiter von 50 auf 60 Pf., die Sonn- und Feiertagsstundenätze für Bierfahrer und Hilfsarbeiter von 50 auf 60 Pf., für die übrigen Arbeiter von 60 auf 70 Pf. Die Lohnhöhung beträgt 1 Mk. und 1,50 Mk. pro Woche.

Inßerdem erhält jeder Arbeiter, ohne Rücksicht, welcher Arbeitergruppe er angehört, pro Woche 5,10 Mk. Biergeld. Für außerordentliche Arbeiten wurden Zuschläge von 20 Pf. für eine Stunde und 2,50 Mk. für einen ganzen Tag pro Arbeiter vereinbart. Der jährliche Urlaub wurde, unter Fortbezahlung des vollen Lohnes, auf sechs Arbeitstage erweitert. Ferner wurden die Bestimmungen des § 616 des B. G. B. wesentlich ergänzt. Desgleichen zeigte die Betriebsleitung der Brauerei S. Treiber auch in einer Anzahl anderer Fragen hohes Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter.

Die Arbeiter dieses Betriebes sind auch ausnahmslos in ihrer zuständigen Organisation, im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, organisiert. Mögen die Brauereiarbeiter allerorts sich hieran ein Beispiel nehmen.

† Habsollzell. Durch Verhandlung mit der Betriebsleitung der Brauerei Hölle wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Chauffeure und Mitfahrer geregelt. Neben einer Lohnhöhung wurde die Arbeitszeit täglich um 2-3 Stunden reduziert, und wird für Ueberarbeit an Wochentagen pro Stunde 50 Pf., an Feiertagen pro Stunde 60 Pf. bezahlt. Im übrigen hat bei der Verhandlung der Vertreter der Brauerei selbst den Wunsch geäußert, daß bei der nächsten Tarifrevision auch diese Arbeiterkategorie in das Tarifverhältnis mit aufgenommen wird.

Die Kollegen vom Fahrpersonal in den übrigen Brauereien werden deshalb gut tun, so weit sie noch nicht organisiert sind, unverzüglich dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter beizutreten.

† Straßburg-Kronenburg. Tarifvertrag. Mit der Brauerei Gatt wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit wird während der Wintermonate um eine volle, während der Sommermonate um eine halbe Stunde gekürzt. Die Lohnaufbesserungen betragen 1 bis 6 Mk. pro Woche. Die Bezahlung der Ueber- und Sonntagsarbeit wird neu eingeführt und werden Wochentags 55, Sonn- und Feiertags 65 Pf. pro Stunde bezahlt. Als Sonntagsarbeit wird auch das Sonntagsbierausfahren behandelt. Bei militärischen Uebungen wird 14 Tage lang der volle Lohn, bei Krankheitsfällen die Lohndifferenz fortgezahlt. Urlaub ohne Lohnkürzung werden 3 bis 6 Arbeitstage gewährt. Außerdem wurden noch die Kourergelder geregelt.

† Striegau. Tarifvertrag. Mit den beiden hiesigen Brauereien, Genossenschaftsbrauerei und Gebrüder Thiel wurde seitens des Verbandes ein Tarifvertrag vereinbart. Die Arbeitszeit wurde verkürzt, während der Wintermonate um 1 1/2, während der Sommermonate um 1 Stunde pro Tag. Die Wochenlöhne erhöhen sich um 2 und 3 Mk. Ueberstunden Wochentags werden mit 40 und 50 Pf., solche Sonn- und Feiertags mit 50 bzw. 60 Pf. bezahlt. Bei militärischen Uebungen wird 14 Tage lang der volle Lohn fortgezahlt, bei Krankheit, welche länger wie 3 Wochen dauert, für die ersten 14 Tage die Differenz. Die Provisionen der Fahrer wurden erhöht.

† Wunnschel. Tarifvertrag. Mit der hiesigen Kronenbrauerei wurde ein Tarifvertrag vereinbart. Die Arbeitszeit wurde geregelt und um 2 Stunden gekürzt, der Wochenlohn um 3 Mk. erhöht. Ueberstunden werden Wochentags mit 40 Pf., Sonn- und Feiertags mit 50 Pf. extra be-

zahlt. Bei militärischen Uebungen wird 14 Tage lang der volle Lohn gezahlt; bei Krankheitsfällen ebensolange die Differenz. Urlaub ohne Lohnkürzung werden 3 und 4 Arbeitsstage gewährt.

Bierniederlagen, Seltersfabriken.

† Hanau. Tarifvertrag. Nachdem im vorigen Jahre die Brauerei Dör in Hanau an die Aschaffenburg Aktienbrauerei übergegangen war, versuchten die auf dem Hanauer Depot beschäftigten Arbeiter, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. Die Aschaffenburg Aktienbrauerei ließ sich damals nicht darauf ein, einen Tarifvertrag abzuschließen. Von weiteren Schritten wurde damals abgesehen und wurde nun vor kurzem ein erneuter Tarifentwurf eingereicht. In zwei Schreiben lehnte es die Aktienbrauerei Aschaffenburg wiederum ab, einen Tarifvertrag abzuschließen. Erst nachdem das Gewerkschaftskartell in Hanau eingegriffen hatte, kamen Verhandlungen zustande und wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der die gleichen Positionen enthält, wie der mit den Hanauer Brauereien abgeschlossene Vertrag. Es erhielt jeder Arbeiter eine Zulage von 1 Mk., die Arbeitszeit an Sonntagen für die Fahrerburden wird pro Stunde mit 55 Pf. vergütet. Urlaub wurde festgelegt und die Ueberstundenätze an Sonntagen um 5 Pf. erhöht. Bei militärischen Uebungen wird pro Tag 1 Mk. bis 30 Mk., bei Krankheitsfällen pro Tag 1,50 Mk. auf die Dauer von 10 Tagen gewährt.

† Schwedt a. Oder. Erfolgreiche Lohnbewegung. Durch Verhandlungen seitens der Organisation wurden für die in der hiesigen Niederlage der Brauerei Bohrisch in Stettin beschäftigten Kollegen Lohnaufbesserungen von 1 und 2 Mk. pro Woche erzielt. Die Arbeitszeit wird um eine halbe Stunde pro Tag verkürzt. Sonntags-Bierausfahren wird als Ueberarbeit extra bezahlt. Bei militärischen Uebungen wird 14 Tage lang der volle Lohn, bei Krankheitsfällen ebensolange die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld fortgezahlt.

Mühlen.

† Rosenheim. Erfolgreiche Lohnbewegung. Durch Verhandlungen mit den Mühlenbesitzern Oswald, Gebr. Fürsterwalder, Gebr. Mayerhofer und Gen. erhielten Lohnaufbesserungen für die in diesen vier Betrieben beschäftigten Kollegen in Höhe von 50 Pf. bis 3,60 Mark pro Woche erzielt. Die Entschädigung für die Sonntagsjour wurde um 1 Mk. erhöht.

† Stettin-Bildham. Erfolgreiche Lohnbewegung. Nach vier Verhandlungen mit der hiesigen Dampf mühlen-Aktiengesellschaft wurden für die im oben genannten Betrieb beschäftigten Kollegen Lohnaufbesserungen von 3 Pf. pro Stunde erreicht. Nach drei Dienstjahren werden zwei Arbeitstage Urlaub gewährt. Akfordabsjeder erhalten pro 100 Sack 1/4 Pf. aufgebessert, was ebenfalls einer Aufbesserung von 1,50 Mk. pro Woche entspricht.

Korrespondenzen.

Berlin. In der Generalversammlung für das erste Quartal 1912 berichtete der Vorsitzende Godapp über die Tätigkeit der Verwaltung. Im ersten Quartal fanden statt: 127 Betriebsversammlungen und Besprechungen, 54 Verhandlungen mit den Unternehmern, darunter eine Verhandlung mit einem Mühlenbesitzer, 15 Verwaltungs- und Vertrauensmännerversammlungen und 7 Gruppen- und Mitgliederversammlungen. Der Vorsitzende berichtete weiter über einige markante Fälle, die in der Berichtszeit zur Erledigung kamen. Große Beunruhigung unter den Kollegen der Löwen- und Hönitzbrauerei hat die erfolgte Zusammenlegung dieser beiden Betriebe wegen der eventuell erfolgenden Entlassungen von Arbeitern hervorgerufen. Mit Hilfe der Ortsverwaltung wurde mit der Löwenbrauerei ein Abkommen erzielt, wonach die wegen der Zusammenlegung der beiden genannten Betriebe Entlassenen nach Bedarf wieder in die Abteilungen der Löwenbrauerei eingestellt werden sollen. (Dies ist in der Zwischenzeit bereits geschehen.) Zum Schlusse seiner Ausführungen erwähnte Godapp noch den lebhaftesten Besuch des Verbandsbüros. In 76 Arbeitstagen des ersten Quartals haben 944 Mitglieder oder deren Angehörige das Bureau besucht; pro Tag durchschnittlich 124 Besucher. Die Besucher verteilen sich auf folgende Geschäftszweige: Arbeitsnachweis und Arbeitslosenkontrolle 5302, Beschwerden 114, Beitragszahlung 1870, Bibliothek 332, Verschiedenes 158, Unkenntnuzempfänger 1708.

Schmidt ergänzte den Bericht durch Ausführungen, welche das Fahrpersonal betrafen. Die Frage des Bierausfahrens an den Sonn- und Feiertagen in den Sommermonaten harvt noch der Erledigung. Trotz der Opposition durch die Gastwirte ist bis zum kommenden Sommer eine behördliche Regelung dieser Angelegenheit zu erwarten. Die Abgabe von Eis an die Kundschaft soll in den Niederlagen der Berliner Großbrauereien in den westlichen Bezirken in derselben Weise stattfinden, wie im Stadtbezirk und den angrenzenden Nachbarstädten. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, mit dem Verein der Brauereien in dieser Frage zu einer Einigung zu gelangen. Auch über die Frage der Bezahlung von Ueberstunden an Mitfahrer, welche an den Feiertagen über die für das Ausfahren von Bier festgesetzte Zeit hinaus arbeiten, entstanden Streitigkeiten, welche das Einigungsamt beschäftigten. Die in Frage kommende Brauerei zahlte schließlich die Ueberstunden, beharrte aber auf dem prinzipiellen Standpunkt, daß sie tariflich nicht zur Zahlung verpflichtet sei.

Den Kassenbericht, der gedruckt vorlag, erläuterte der Kassierer Kastner. Medner wies besonders auf die hohen Unterstützungen, die im ersten Quartal gezahlt wurden, hin. Die Abrechnung der Hauptkasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 30 400,75 Mk. Unter den Ausgaben befinden sich verzeichnet: Krankenunterstützung 10 126,20 Mk., Arbeitslosenunterstützung 5116 Mk., Unterstützung in außerordentlichen Fällen 45 Mk., Sterbegeld 796,05 Mk., Reiseunterstützung 45 Mk. usw., an die Hauptkasse wurden 8598,25 Mk. abgeführt. Die Lokalkasse wies am Schlusse des ersten Quartals 1912 einen Vermögensbestand von 48 950,37 Mk. vor. An Lokalarbeitslosenunterstützung 2435 Mk. geleistet; den ausgesperrten Porzellanarbeitern wurden 500 Mk. aus der Lokalkasse überwiesen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des ersten Quartals 4715 männliche und 19 weibliche Mitglieder.

Den Anträgen, den Beitrag für das Gewerkschaftshaus pro Kopf der Mitgliederzahl und Jahr von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen und dem Gewerkschaftshaus einen weiteren Beitrag zinsfrei zur Verfügung zu stellen, wurde zugestimmt.

Deggendorf u. Umg. Am Donnerstag, den 16. Mai, fand in Deggendorf eine Brauerei- und Mühlenarbeiter-versammlung statt, zu welcher die Kollegen sämtlicher umliegenden Orte eingeladen wurden. Leider ist nur ein kleiner Teil dieser Kollegen erschienen. Referent hierzu war Kollege Liebl, Regensburg, welcher in seinem einständigen Vortrag ganz besonders die Verhältnisse der Brauereiarbeiter in der Vergangenheit bis zum heutigen Tage schilderte. Ganz besonders aber sind die Verhältnisse in Niederbayern dazu angehen, ein wachsendes Auge auf diese Musterbetriebe zu haben. Einen Beweis dafür lieferte die vor einigen Jahren vom Gauleiter Schrems herausgegebene Statistik über die Verhältnisse der Betriebe Niederbayerns, aus der zu ersehen ist, daß diese Herren Brauereigewaltigen in Lehrlingszucht und Ausbeutung an der Spitze Deutschlands stehen. Wohl wurde von der Organisation bezüglich Arbeitszeiterhöhung und in hygienischer Hinsicht schon sehr vieles geleistet. Aber immer und immer wieder müssen die Kollegen angepornt werden, mit erprobten Kräften einzutreten für den Ausbau der Organisation, dann müssen auch die sonstigen Uebelstände verschwinden und die Verhältnisse allgemein besser werden. Auch dem wurde vorgebeugt, daß die Unternehmer bei jeder Gelegenheit, wenn unsere Kollegen in Lohnbewegungen stehen, Hausreisler aus Niederbayern durch ihre Agenten beziehen. Darum, ihr Kollegen von Deggendorf und Umgebung, agitiert und sorgt für den Ausbau unserer Organisation, damit die allertümlichen Verhältnisse verschwinden; denn besonders in Niederbayern prangen noch auf manchen Höhen die sogenannten modernen Burgen, auf welchen die Ritter der Krone Bayerns sitzen und im Reichsrat das große Wort über's ganze Land führen, für ihre Brauereiarbeiter aber kein Herz haben. Darum auf zur Agitation bis zur nächsten Versammlung, dann werden auch wir die Indifferenten auf unsere Seite bringen.

Dessau. In der Versammlung vom 11. Mai ließen sich 5 Kollegen aufnehmen. Nach dem Kartellbericht beschäftigte sich die Versammlung mit der ungerechten Entlassung des Kollegen Schulze von der Feldschlößchenbrauerei. Der Vorliegende erstattete Bericht über die gepflogenen Verhandlungen und gibt bekannt, daß von seiten der Direktion versprochen wurde, denselben bei Bedarf wieder zuerst einzustellen. Die Versammlung erklärt sich jedoch hiermit nicht einverstanden und verlangt, daß genannter Kollege wieder einzustellen ist und weitere Verhandlungen anzubahnen sind.

Gamm. Die Stellung unserer Mitglieder zum Verbandstag ist für eine Beitragserhöhung und den einzelnen Lohnklassen angepasste Staffellung. Wir haben unseren Delegierten eruchtet, möglichst unseren Antrag hierzu zur Annahme zu bringen. Ferner ist ein Tarifvertrag für die Brennerarbeiter von Isbel abgeschlossen, ein erstmaliger Tarifabschluß mit bedeutenden Vorteilen der betreffenden Arbeiter. Der Kassensbericht ergab für die Hauptkasse im ersten Quartal Einnahme 611 Mk., Ausgabe 240,32 Mk., abgesetzt an die Hauptkasse 370,68 Mk. Der Sozialkassenbestand ist am Schlusse des Quartals 719,40 Mk. Der Mitgliederbestand ist auf 102 gestiegen. Das erste Hundert an Mitgliedern ist endlich überschritten, nun gilt es, das zweite vollzumachen. Kollegen, auf an die Arbeit, nehmt auch die wenigen Kollegen, welche stets zur Agitation da sind, als Beispiel; darin bleiben die Erfolge auch nicht aus. Den Bierkutschern gilt es besonders, treuer zur Organisation zu stehen als bisher. Darum seid einig; fort mit allem persönlichen Zwist und Meid. Es gelten auch für Euch die Worte: vereinzelt sind wir nichts, vereinigt aber alles. Besucht auch besser die Versammlungen. Die nächste Versammlung findet vormittags statt, um einem jeden die Möglichkeit zu geben, zu erscheinen.

Schweinfurt. Am Samstag, den 11. Mai, fand in Roppenhausen eine gutbesuchte Versammlung statt. Beschlossen wurde, von jetzt ab hier regelmäßig Versammlungen abzuhalten, und zwar jeden dritten Samstag im Monat, abends 9 Uhr. Die Sozialfrage mußte vorerst ausscheiden, da hierzu erst Vereinbarungen getroffen werden müssen. Kollegen! Nun aber jetzt fleißig in die Versammlungen, dann werden die persönlichen Reibereien aufhören, die euch nicht zum Vorteil gereichen und durch die ein Vorwärtsschritt unmöglich ist.

Zeitz. Unsere Versammlung am 12. Mai war ziemlich gut besucht. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben, daß das Kartell einen Kurzus über die Reichsversicherungsordnung beantragt und ist dazu der Arbeitersekretär Kleis-Galle als Lehrer bestimmt worden. Hierauf hielt Kollege C. Stöcklein-Leipzig einen Vortrag über das Thema: „Die Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter“. Redner schildert in eingehender Weise, wie das Unternehmertum mit Hilfe der Behörden von jeher bestrebt gewesen ist, den Arbeitern das Koalitionsrecht, welches denselben sowieso nur wenige Rechte gewährt, illusorisch zu machen. Durch das stete Wachsen der Gewerkschaften käme das Unternehmertum aber immer mehr in Garnisch und schreie bei der Regierung mehr denn je um Verbot des Streikpostens und um mehr Schutz für die Arbeitswilligen. Es sei deshalb notwendig, daß jeder Kollege dafür Sorge, unseren Reihen immer mehr Kämpfer zuzuführen, denn nur starke Arbeiterorganisationen seien der beste Schutz gegen diese Scharfmachergelüste. Im Geschäftlichen wird beschlossen, die Versammlung aus technischen Gründen wieder auf den dritten Sonntag im Monat zu verlegen. Weiter gibt der Vorliegende bekannt, daß die Differenzen in der Pöhlle Rodobul durch Eingreifen des Bezirksleiters zugunsten der dortigen Kollegen beigelegt sind.

Bierfahrer.

Samburg. Am 16. Mai fand eine Versammlung der Bierkutscher und Stalleute statt. Nach einem Referat des Genossen Kleemann über Weltwirtschaft und Arbeiterkampf berichtete Kollege Höhle über die Sonntagarbeit und die Entsendung des Kuratoriums. In der Debatte über diesen Bericht wurde von allen Rednern ausgeführt, daß man seitens der Brauereien immer mehr bestrebt sei, den Tarif recht verschiedenartig auszulagern, doch liege das viel mit an der Unenigkeit der Kollegen in den einzelnen Betrieben. Man müsse sich fester zusammen-

schließen, damit Verschlechterungen und Uebergriffe von Vorgesetzten abgewehrt werden könnten. Unter Sonntagspferdepflege werde heute alles möglich verstanden, sogar Sprengwagen fahren, bis zu sechs Stunden Bierfahren, Pferde bewegen usw. Man wolle gewiß den Tieren ihr Recht zukommen lassen, aber auch die Kollegen müssen ihr Recht erhalten. Wenn man derartige Arbeiten für notwendig halte, so solle man auch dafür bezahlen. Die meisten Beschwerden seien gegen die Elbschloßbrauerei, Holstenbrauerei und Aktienbrauerei St. Pauli vorgebracht worden. Auf der Holstenbrauerei habe man den ganzen Sommer über nur immer Ausschläufe eingestellt; die Aktienbrauerei wolle die Ueberstunde vor Weihnachten und Neujahr an die Stall-Dujour nicht bezahlen, was in der Kuratoriumsitzung am 3. April beschlossen worden sei. Die Beschwerde gegen die Elbschloßbrauerei sei leider mit acht gegen sechs Stimmen abgelehnt und erblickten die dortigen Kollegen hierin eine enorme Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses. Unter „Verschiedenes“ wurden Mißstände in der Aktienbrauerei vorgebracht. Ebenso wurde ausgeführt, daß es Betriebe gebe, in denen vielfach Arbeiten, die in der Woche verrichtet werden können, auf den Sonntag verschoben werden. Höhle führt aus: Die Versammlung habe gezeigt, daß es noch Dujour-Leute gebe, die eine sechzehn- bis achtzehnstündige Arbeitszeit haben; darin liege eine große Gefahr für den öffentlichen Straßenverkehr und auch für die Leute selbst. Redner verwies auf die in der Verbandszeitung bekanntgegebene Reichsgerichtsentscheidung, ebenfalls auf das von uns herausgegebene Werkbüchlein; daraus könnten die Kollegen ersehen, wie sie sich bei Karambolen usw. zu verhalten haben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 16. Mai bei Planeth tagende Versammlung der Bierkutscher und Stalleute der Ringbrauereien protestiert auf das energischste dagegen, wie die Auslegung und Handhabung einzelner Bestimmungen des Tarifs zum Nachteil obgenannter Kategorien seitens der Brauereien erfolgt, insbesondere bezüglich des Sonntagsbierfahrens sowie der übermäßigen Ausdehnung der Pferdepflege an Sonn- und Werktagen. Die Versammlung erwartet, daß die Brauereien eine loyalere Einhaltung des Tarifs ein-treten lassen.“

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

Frevelhaftes Spiel mit Menschenleben. In welcher verantwortlichen Weise in Karlsruhe die Bierfabrik ausgebeutet werden, zeigt der traurige Vorfall in der Brauerei Schrempf, wobei unser Kollege Schleiß sein Leben einbüßen mußte. Von einer anstrengenden Tour erst zurückgekehrt, mußte er am Mittwoch, den 15. Mai, den ganzen Tag in der Brauerei arbeiten. Gegen Abend gab der Stallmeister Stief unserem Kollegen Sch. den Befehl, ohne eine vorhergehende Ruhepause gleich wieder eine Nachtour anzutreten. Gegen dieses unverschämte Anfinnen protestierte der Kollege, worüber sich aber der Stallmeister kalt hinwegsetzte. Herr Schrempf verlangt ja von den Arbeitern, daß sie jeden Befehl ausführen, denn sie könnten sich ja dann beschweren. Wie die Beschwerden in der Brauerei Schrempf erledigt werden, zeigt ja gerade das Verhalten des Stallmeisters. Rücksichtslos setzt er sich über die tariflichen Bestimmungen und die persönliche Beschwerde hinweg und hat so einem Arbeiter in den Tod gekehrt. Einige Zeit vorher sollte ein Bierfahrer mit 14 jähriger Dienstzeit entlassen werden, weil er sich weigerte, an einem gesetzlichen Feiertag Häcksel zu schneiden. Mit diesen Dingen und noch einem ganzen Saß voll anderen Beschwerden über die Brauerei Schrempf hat sich eine Sitzung der Verbandsleitung befaßt. Der Stallmeister aber schaltet und waltet nach wie vor, wie es ihm in den Sinn kommt.

Unser Kollege mußte also einspannen. Es war seine letzte Fahrt. Gegen 11 Uhr nachts hatte er bei dem betreffenden Kunden seine Fuhre Bier abgeladen und sollte nun noch in den Wald fahren, bei stockfinsterner Nacht und ganz allein die Ueberbleibsel von einem Waldfest aufladen. Selbst dem Wirt war die Geschichte zu dumm und er sagte: Wenn die Brauerei Schrempf nicht Zeit hat, die Sachen bei Tage holen zu lassen, so sollen sie ruhig im Walde liegen bleiben. Auf der Heimfahrt fiel nun infolge der Ueberanstrengung der Kollege vom Wod herab und kam unter die Räder. Der Wagen ging ihm über die Brust hinweg und brückte ihm den Brustkorb ein. Eine Gerichtskommission begab sich sofort an Ort und Stelle.

Wird der Staatsanwalt auch die Schuldigen fassen? Wer so rücksichtslos mit Gesundheit und Leben eines Menschen umgeht, muß zur Verantwortung gezogen werden. Wenn es der Brauerei Schrempf ernst ist, die Mißstände zu beseitigen, so ist es verwunderlich, daß die Vorgesetzten so eigenmächtig handeln. Vor einiger Zeit wurden die Zustände in der Brauerei Schrempf und einiger anderer Brauereien kritisiert, dafür wollte man Kollegen Hilz vor Gericht zerren, anstatt die Uebelstände zu beseitigen.

Auch in anderen Brauereien sieht es nicht viel besser aus. Das Fahrpersonal wird sozusagen als vogelfrei betrachtet. Zu jeder Nachtzeit trifft man die Bierwagen auf der Landstraße. Oft ist eine neue Fuhre schon wieder geladen, wenn der Bierfahrer zum Hof einfährt. Wieviel Menschenleben sollen dieser Ausbeutungswut noch zum Opfer fallen?

Aus Blankenloch, wo der verunglückte Kollege Schleiß beheimatet ist, wird berichtet, daß der Unfall sich gegen 3 Uhr morgens ereignete. Schleiß stürzte vom Wagen, wurde ungefähr 30 Meter weit geschleift, wo ihm dann das Rad über die Brust ging. Der Verunglückte war ein beliebter und nüchterner Mensch; wie er selbst am Abend vorher erzählte, hatte er zwei Nachturen hintereinander und mußte, trotzdem er sich weigerte, auch die dritte Nacht durchfahren. Da ist es durchaus begreiflich, wenn er schließlich eingeschlafen ist und vom Wod stürzte. Auch dort ist man empört über die Rücksichtslosigkeit gegen die Bierfahrer.

Wir werden wohl noch hören, ob man die Schuldigen faßt, und ob man diesem frevelhaften Spiel mit Menschen-

leben nun mehr Aufmerksamkeit zuwenden wird. Wir werden daran erinnern!

Automobilsteuer. Die Brauerei Wergell in Arnstadt, die ihren gesamten Bierexport durch Straßläufige bewerkstelligt, hat beschlossen, im Herzogtum Gotha den Automobilbetrieb einzustellen, da sie infolge der neuen Automobilsteuer für jeden Tag 30 bis 40 Mk. Chauffeegehl bezahlen muß.

Aus der Mühlenindustrie.

Die Selbsthilfebestrebungen der Mühlen in Rheinland und Westfalen schildert der Bericht der Selbsthilfevereinigung der deutschen Mülerei zu Stolp i. P. in folgender Weise: „Im Rheinland und in Westfalen machten sich im Laufe des Jahres Bestrebungen zur Beseitigung großer Mißstände im Mehlhandel geltend. Es wurden zwischen Großmühlen und Mehlhändlern Vereinbarungen über den Verkehr mit den Mehlverbrauchern, insbesondere den Bäckern und deren Einkaufsgenossenschaften, sowie den Detailisten-Einkaufsgenossenschaften geschlossen, die namentlich die Preisregelung, die Bekämpfung der Preisschleuderei und die Beseitigung der Reibungsflächen zwischen Großmühlen und Mehlhändlern zum Ziele hatten. Der Verkehr mit den Bäckern sollte im wesentlichen dem Großhandel überlassen werden, wo dies aber nicht angängig, unter Innehaltung von Mindestverkaufspreisen stattfinden, die dem Handel die Konkurrenz gestatteten. Für den direkten Verkehr mit Einkaufsgenossenschaften der Bäder und Detailisten sollten Ausschläge auf den jeweiligen Mühlenverkaufspreis für Großlisten unter den üblichen Mühlenbedingungen Platz greifen. Ob diese Bestrebungen angesichts des starken Widerstandes, der ihnen seitens der rheinisch-westfälischen Bäckereigenossenschaften, von Innungen und wirtschaftlichen Vereinigungen gemacht wird, von Erfolg begleitet sein werden, bleibt abzuwarten.“

Oberrhein. Schon am Ende des Jahres 1910 gingen Mitteilungen durch die Presse, daß Vorverhandlungen der oberrheinischen Mühlen stattgefunden hätten, eine Organisation zu schaffen, die bezweckt, die Produktion dem Verbrauch künftig besser als bisher anzupassen. Diese Gerüchte fanden ihre Bestätigung in einem im Januar 1911 in der „Frankfurter Zeitung“ erschienenen längeren Aufsatz über die Organisationspläne der oberrheinischen Mühlenindustrie. Danach wollten die Beteiligten ein Syndikat bilden, das sowohl die Produktionsregelung als auch die Festsetzung von Mindestverkaufspreisen für Weizenmehl, Grießkleie, Weizenkleie und alle sonstigen Mühlenabfälle vornehmen sollte.

Die damals in Aussicht genommenen näheren Bestimmungen des Geschäftsgabens des Syndikats können hier unerwähnt bleiben, da sie durch die späteren zum Teil aufgehoben wurden.

Die Verhandlungen zogen sich monatelang hin, da sich einige große Mühlenfirmen an dem Zusammenschluß nicht beteiligen wollten, ohne sie aber das gedeihliche Wirken des jungen Syndikats von vornherein in Frage gestellt war. Erst im August konnte die Mülereipresse vom dem Abschluß der Verhandlungen berichten. Danach wurde am 4. August in Mannheim die Süddeutsche Mühlenvereinigung G. m. b. H. gegründet.

Die Aufgabe dieser Gesellschaft, die zunächst auf die Dauer von fünf Jahren geschlossen wurde, ist, eine Besserung der Verhältnisse im Mühlengewerbe herbeizuführen, insbesondere die Produktion in bessere Uebereinstimmung mit dem Konsum zu bringen, und zwar durch Kontingentierung und Festsetzung von Mindestpreisen, die, um eine ungerechtfertigte Preissteigerung auszuschließen, von einer Treuhandgesellschaft kontrolliert werden sollen. Mit der neugegründeten G. m. b. H. wollte man nun zunächst eine juristische Person schaffen, die zur Wahrung der Interessen der Mühlenindustrie Süddeutschlands Verträge mit Mühlenbesitzern Süddeutschlands und anderer Gebiete schließen kann. Der G. m. b. H. kommt somit die Bedeutung einer Vororganisation zu, die erst ihrerseits mit den einzelnen Mühlen die näheren Vereinbarungen über Kontingente usw. trifft. Ueber letztere ist bereits eine prinzipielle Einigung erzielt worden. Das auf jede Mühle entfallende Kontingent wird auf der Basis des vom 1. Januar 1910 bis zum Jahresabschluß abgelieferten Weizenmehls bestimmt. Sobald die Mehlvorräte der beteiligten Mühlen einen gewissen Umfang überschritten haben, soll bei sämtlichen Mühlen vorübergehend prozentuale Einschränkung des Betriebes erfolgen, welche solange fortbauert, bis sich die Vorräte wieder auf einen gewissen Stand vermindert haben. Werden aber die Mehlvorräte allzu knapp, so soll prozentuale Erweiterung des Betriebes gestattet werden, bis wieder genügende Ergänzung der Bestände erzielt ist. Die Festlegung der Einzelbestimmungen ist wie erwähnt, Aufgabe von Verträgen, welche die G. m. b. H. mit den einzelnen Mühlen abzuschließen hat.

Der neuen Organisation gehören 17 süddeutsche Mühlen an, deren jährliche Gesamtproduktion auf 6 Millionen Doppelzentner Mehl zu veranschlagen ist.

Der Gründung schlossen sich vier größere Mühlen nicht an und konnten auch in der Zwischenzeit nicht zum Beitritt bewegen werden, obgleich man es an Versuchen nach dieser Richtung nicht hat fehlen lassen. Es scheint, daß man sich auch weiterhin bemühen wird, die größeren Außenleiter zum Anschluß zu veranlassen. Leider sind im Laufe des Herbstes von den der Vereinigung ursprünglich beigetretenen Mühlen vier wieder ausgetreten, weil man sich mit ihnen teils über die Kontingente, teils über die Preisfestsetzung nicht einigen konnte. Indessen hat es die Süddeutsche Mühlenvereinigung verstanden, durch eine geschickte äußere Politik ihre Stellung zu festigen. Es ist ihr nämlich gelungen, mit der Vereinigung westdeutscher Mühlen am Niederrhein eine Verständigung zwecks Regelung des beiderseitigen Abfahes und Festsetzung der Verkaufsbedingungen zustande zu bringen. Damit haben die schon seit der Gründung der Süddeutschen Mühlenvereinigung stehenden Verhandlungen, die auf eine Einigung mit den nieder-rheinischen Mühlen hingen, ihren Abschluß gefunden. Das bedeutet einen wesentlichen Fortschritt in der Organisation der rheinischen Mülerei, denn die Verhandlungen der oberrheinischen Mühlen hatten stets mit der Konkurrenz der nieder-rheinischen Werke in den unbestrittenen Abfahgebieten, namentlich in Süddeutschland zu rechnen. Gerade die Regelung des beiderseitigen Abfahes aber bildet einen Hauptzweck der zustande gekommenen Verständigung zwi-

sehen den beiden Produktionszentren. Gleichzeitig gewinnt dadurch die Süddeutsche Mühlenvereinigung an Wirksamkeit, die ihr im Hinblick auf die erwähnten Außenfelder besonders willkommen sein wird.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß zu unterscheiden ist zwischen der Süddeutschen Mühlenvereinigung, G. m. b. H., deren Aufgabe die Konzentration und die Preisregelung ist, und der Vereinigung der süddeutschen Handelsmühlen, die die Festsetzung von Verkaufsbedingungen und den Ausbau des Schiedsgerichtswezens zur Aufgabe hat.

Es bleibt abzuwarten, ob nach der erwähnten Verständigung zwischen den oberrheinischen und niederrheinischen Mühlen die in Aussicht genommenen Bestimmungen seitens der oberrheinischen Mühlen über die Produktionsregelung und Preisfestsetzung in Kraft treten werden. Vielleicht streiten auch die niederrheinischen Mühlen in nicht zu ferner Zeit zum weiteren Ausbau ihrer inneren Organisation, da sie anscheinend schon jetzt bei der Preisunterstützung untereinander nehmen.

Christliches und Gelbes.

Hirsch-Dundersche Streikbrecher-Lieferanten! Gelegentlich des Streiks der Brauereiarbeiter in der Halleischen Aktienbrauerei zu Halle a. S. wurde seitens der Betriebsleitung erklärt, daß sie acht Mann Arbeitswillige von Leipzig bekäme. Diese Leute seien durch einen Beauftragten der Brauerei aus anderen Betrieben herausgeholt und sei ihnen auf Ehrenwort dauernde Arbeit zugesagt worden. Auf die Einwendung, daß die Leute jedenfalls nicht davon unterrichtet seien, daß sie hier als Verräter ihren Kollegen in den Rücken fallen sollten, erklärte der Direktor der Halleischen Aktienbrauerei, daß den Leuten gesagt sei, daß hier Streik sei und es sei ihnen auch gesagt worden, daß sie sich bei Ankunft auf dem Halleischen Bahnhof dort versammeln sollten und der Brauerei von ihrer Ankunft Mitteilung machen, damit ihnen der nötige Schutz, soll wohl heißen polizeiliche Bedeckung, geboten werden könne. In einer späteren Sitzung hat nun derselbe Brauereidirektor unter Zeugen erklärt, daß er sich nach Leipzig an den Vertreter der Hirsch-Dunderschen um Arbeitswillige gewendet habe und von dort seien ihm auch 8-12 Mann zugesichert worden, er habe aber nach der Weisung des Streiks am 30. April sofort bei dem Vertreter der Hirsch-Dunderschen angefragt und da sei ihm mitgeteilt worden, daß acht Mann bereits angeworben seien. Das sind also die in Frage stehenden acht Mann, die durch „Schuß“ vom Halleischen Bahnhof weg in die Brauerei gebracht werden sollten. Es ist hierbei mit unumstößlicher Gewissheit festgestellt worden, daß seitens der Hirsche bewußt Streikbrecherlieferungen nach Halle ausgeführt wurden, denn der Herr Direktor wird sich wohl schwer hüten, unter Zeugen in einer Sitzung solche Angaben zu machen, wenn sie nicht wahr wären. Ein Arbeiterverrat, wie er nicht schädlicher sein kann.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin D. 27, Schilderstraße 6 IV, Fernsprecher: Amt Königstadt 275.

Diese Woche ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

Johann Dahl,

zuletzt in Memmingen, kam sein Mitgliedsbuch vom Kassierer Kollegen Joh. Scheifele, Gasthof „Zum grünen Baum“, Memmingen, erhalten.

Berlone und für ungültig erklärte Bücher:

Konrad Kirchstein, Mühlenarbeiter, Buch-Nr. 53 292, geb. 11. August 1884 zu Neuf-a-Rhein, eingetr. 29. Januar 1911 in Düsseldorf. Der Kollege hat ein Duplikat erhalten; nur dieses ist gültig.

Geftorbene Mitglieder:

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut auszubehaltenden Sterbegeldes ist in Klammern beigelegt.)

Dresden: Heinrich Glanzel, Brauer, 51 Jahre (75 M.), und Oswald Bakler, Bierfabrik, 39 Jahre (90 M.); Altona: Albin Hartmann, Brauer, 39 Jahre (90 M.); Brandenburg: Georg Müller, Aufsicht, 34 Jahre (75 M.); Nürnberg: August Steinbauer, Wirt, 47 Jahre (90 M.).

Ausbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau: Hummelhagen-Rostock 20 M.; Joppid-Hirschberg 15 M.; Engmann-Dresden 25 M.; Huber-München 30 M.

Eingänge der Hauptkasse

vom 20. bis 26. Mai.

Schneidemühl 18,04; Clausthal 11,62; Vernburg 130,-; Frankfurt a. M. 148,80; Birna für Zinsen 80,-; Einbeck 130,-; Wittin a. Ruhr 100,-; Oßingburg 6,-; Segeberg 2,40; Wernigerode 21,25; Weimar 80,-; Düsseldorf 4,20; Hamburg 2,10; Erfurt 4,-; Oßhagen 2,10; Berlin 16,-; Werder a. Havel 33,70; Hameln 231,63; Göttingen 80,-; Anna i. Westf. 4,80; Forst 14,69; Sonneberg 100,-; Worms 250,-; Neufölln 2,40; Straubing 2,70; Wald (Schweiz) 16,-.

Die Abrechnung für das 1. Quartal haben eingesandt: Wernigerode, Duderstadt, Kreuznach, Werder und Hameln.

Materialvertrieb.

Landesrat i. Schles. 10 Mitgliedsbücher, 400 Marken a 50 Pf. und 20 Marken a 30 Pf. Saizen 15 Mitgliedsbücher, Arnstadt 20 Mitgliedsbücher, Karlsruhe 100 Mitgliedsbücher, Hannover 50 Mitgliedsbücher, Rudolstadt 10 Mitgliedsbücher und 500 Marken a 50 Pf., München 10 000 Marken a 30 Pf., Weigen 2000 Marken a 50 Pf., res. 400 Marken a 30 Pf., Waren i. Westf. 5 Mitgliedsbücher, Hamburg 200 Marken a 30 Pf., Erfurt 50 Mitgliedsbücher, Elm 30 Mitgliedsbücher, Werder 10 Mitgliedsbücher, Bamberg 2400 Marken a 50 Pf., Neuffingen 400 Marken a 30 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Mantelburg. Vorsitzender: Frz. Baumhach, Mühlenstraße 29.

Brandenburg. Zuschriften an die Zahlstelle sind bis auf weiteres an Kollegen H. Schubert, Krakauer Straße 3, zu richten.

Forst. Unterstützung zahlt Ernst Wefner, Leipziger Straße 25, von 6 bis 7 Uhr. Dorthin sind auch Zahlstellenangelegenheiten zu senden.

Glauchau. Vorsitzender: Hugo Barth, Elisabethstr. 18. Nürnberg. Sterbekasse. An die Hinterbliebenen der verstorbenen Mitglieder Franz und Aug. Steinbauer wurden 400,- M. bzw. 265,- M. ausbezahlt. Bei dem nächsten Eintreffen der Verbandsbeiträge sind die Unterlagen hierfür, soweit nicht gegeben, zu bezahlen.

Neichenbach i. Schl. Vorsitzender: Jos. Bauer, Neichenbacher Brauhaus, Kassierer: Gotthelf Rolke, Krankenhausstraße 14. Unterstützung von 7-8 Uhr.

Unna. Vorsitzender: Jos. Gömbert, Marktgrafenstr. 1.

Veranstaltungsanzeigen.

Sonnabend, den 1. Juni.

Amsterdam. 8 Uhr: Restaurant „De van Holland“, Nieuwmarktplein.

Göttingen. 8 Uhr: „Turnhalle“ in Holzheim.

Silbesheim. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Börsen. 8 Uhr: „Kaiserhof“.

Sonntag, den 2. Juni.

Alschaffenburg. - Vormittags 10 Uhr: „Gasthaus zum Fischen“.

Bielefeld. Vormittags 9 1/2 Uhr: bei Haumann, Weberstraße: Vortrag.

Berlin. 2 Uhr: in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59. Vortrag des Vorsitzenden Adam Huebner-Amerika über: „Die Organisation der Brauereiarbeiter in Amerika“.

Crimmitschau. 3 Uhr: „Herberge zur Heimat“, Johannesplatz.

Garnitzau. 1 Uhr: bei Omered.

Danzig. „Vereinslokal“, Fischmarkt 6.

Darmstadt. Vormittags 9 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Düsseldorf. 2 Uhr: „Volkshaus“.

Einbeck. 2 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Geislingen. 2 Uhr: bei Ortmann.

Schw. Gmünd. 2 Uhr: im „Nuten Ochsen“.

Sagen. 3 Uhr: bei Schneider in Kappe, Vorderstr. 40.

Halberstadt-Röderhof. Vormittags 10 Uhr: beim Gastwirt Schmidt in Dingelstedt. Referent: Bezirksleiter Niepl.

Samun. Vormittags 10 Uhr: bei Braun, Königsstr. 34.

Nachruf.
Infolge einer Operation starb unser treues Mitglied, der Mühlenarbeiter **Wilh. Niddels** in Neuf. Ihre feinen Andenken.
Zahlstelle Düsseldorf, Ortsgruppe Neuf.

Nachruf.
Am 11. Mai starb unser lieber Kollege **Michael Büchel** durch Unfall. Ihre feinen Andenken.
Die Kollegen der Burgbrauerei, Hamburg.

Unserem Kollegen, dem Bierfahrer Ed. Michel und Frz. Pauls, geb. Nöbiger die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Verbandskollegen der Steigerbrauerei, Erfurt.

Unserem Kollegen Sebastian Hedendorff nebst Frau zur Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Zahlstelle Mülhausen i. E.

Unserem Kollegen Eduard Gerstel nebst Fräulein Mine Sidmann nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Aktienbrauerei Frankenhäusen (Kyffh.).

Nächt. äglichen Glückwunsch zur Vermählung unsern Kollegen **Franz Bauer** nebst Frau Wilh. geb. Rogner.
Die organisierten Kollegen der Thoma-Brauerei, München.

Unserem Kollegen, dem Böttcher Osw. Hartung und Fräulein Minna, geb. Kraus die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Kollegen der Steigerbrauerei, Erfurt.

Unserem Kollegen Hans Becker nebst Frau zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche.
Die Kollegen der Unionsbrauerei Hamburg, Flaschenarbeiter, Bräuer u. Heizer.

Unserem Kollegen Eduard Gerstel nebst Fräulein Mine Sidmann nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Aktienbrauerei Frankenhäusen (Kyffh.).

Die besten wasserdichten Holzschuhe mit Rollschynallen

von 3,75 und 4,50 M. per Paar an. erhalten Sie bei **Franz Otte, Dortmund, Märkische Str. 38.** Seit ca. 40 Jahren Lieferant für Brauer im In- und Auslande.

Konkurrenzlos wasserdichte Brauerschuhe.

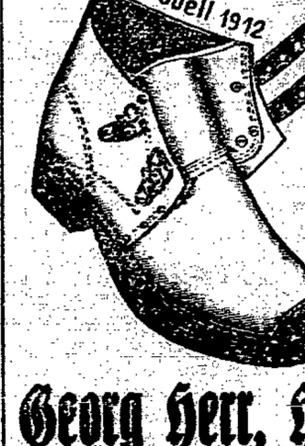
Alle Modelle 2 Paar portofrei. Schaffstiefel 6,50 M. Gummizugstiefel 4,50 M. Ueberall Vertreter gesucht. Preisliste gratis.

Josef Urban, Verbandsmitglied, Cham, Bayr. Wald. Neues Modell a Paar 3,50 und 4 M.

Bestes größtes Spezialgeschäft **Dortmund.**
Wasserdichte Holzschuhe in Prima Rindleder.
Verlangen Sie g. l. Preisliste. Geschw. Berg, Dortmund, Seitenheweg 110.
Sehr schönes **Gekonomie-Anwesen**

Billig zu verkaufen. In schöner Lage nahe Starberg, 7/8 Stunde zwischen 2 Bahnhöfen entfernt, schöne Aussicht ins Gebirge. Eämtliche Gebäude wurden vor 7 Jahren neu gebaut; mit 1. Wasser, fämt. totem und lebendem Niveaur. 30 Tage Grund und Wald bei 6 bis 8000 M. Ang. billig zu verkaufen. Nur Selbstkäufer erhalten Auskunft bei Kollegen in Verheim, München, Neufere Siener Straße 46a, III r.

Fax



Georg Herr, Holzschuhfabrik, Frankfurt a. M., Georgendel-Gelnhäusergasse 5, 1851

Hirschberg i. Schl. 4 Uhr: „Alte Hoffnung“. Referent: Klippel. Mitgliedsbücher mitbringen.
Kempfen. Vormittags 10 Uhr: „Bürgerhaal“.
Königsberg. 2 Uhr: bei Schnee, Mfl. Bergstr. 44. Referent: Mertins.
Magdeburg. 3 Uhr: bei Landgraf, Brauchhirschstr. 3. Wichtiger Vortrag.
Mainburg. 2 Uhr: „Zieglerbräu“.
Memmingen. 2 Uhr: „Gasthaus zur Sonne“. Generalversammlung.
Minden. 3 1/2 Uhr: bei Beuermann.
Moozbürg u. Umg. Vormittags 10 Uhr: beim „Hirschenwirt“.
Mühlheim a. Ruhr. 4 Uhr: bei Sollenberg, Dickwall.
Narnau. „Gasthaus zum Reinfelder“.
Niederlahnstein. 2 1/2 Uhr: bei Arzheimier.
Oelsnitz. 2 1/2 Uhr: „Gasthaus zur Krone“, Neufere Plauener Straße. Referent: Brödnert-Leipzig.
Potsdam. Abends 7 1/2 Uhr: „Vereinslokal“, Kaiser-Wilhelmstraße 38.
Regensburg. Vormittags 10 Uhr: bei Grabl, Untere Bachgasse.
Reimscheid. 4 Uhr: „Volkshaus“. Alles erscheinen.
Siegen. 4 Uhr: bei Franke, Poststr. 10.
Spener. 2 Uhr: „Meiner Storchenteller“.
Stafp. 3 Uhr: bei Puttkammer, Mittelstraße.
Wilsbiburg. Bei Weber, Am Bahnhof.
Willingen. 2 Uhr: „Gasthof zur Flasche“.
Wltho. 2 1/2 Uhr: bei Casselmann. Vortrag.
Zerbst. 4 1/2 Uhr: bei Liebenau.
Montag, den 3. Juni.
Birmasens. 8 Uhr: bei Käfer, Rodalberger Straße 16.
Mittwoch, den 5. Juni.
Harburg. 8 1/2 Uhr: bei Dringelburg.
Donnerstag, den 6. Juni.
Bremerhaven. 8 Uhr: „Gasthof zur Eiche“.
Sonnabend, den 8. Juni.
Flensburg. 8 1/2 Uhr: bei Nielsen, Neustadt.
Liegnitz. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Sonntag, den 9. Juni.
Luxemburg. „Café van Werck“.
Mittwoch, den 12. Juni.
Kostad. 8 Uhr: „Barnowhalle“.
Schneidemühl. 8 Uhr: bei Frost, Breite Straße 41.

Wasserdichte Holzschuhe! Neu!
Das Beste ist das Billigste.
Hch. Schäfer,
Hanau, Schirnstr. 5.
Alle Modelle 3,70 M., neue Modelle 4,- M., mit Leder besohlt 1 M. mehr, sowie andere Modelle. Katalog franco.

Stoffe
direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang!
Tuchausstellung
Emil Hohlfeldt, Dresden 6.

Inserate werden nur nach vorheriger Bezahlung aufgenommen. Für Mitglieder kostet ein einfacher Glöckwünsch 2,10 M., über 7 Zeilen pro Zeile 30 Pf. mehr.

ist mein neuestes Modell 1912
ist gegen Nachahmung patentamtlich geschützt
ist der vollendetste Brauerschuh der Gegenwart
ist den anderen Modellen überlegen durch:
1. Das Hinterteil ist durch eine Verstärkung mit dem Vorderblatt fest verbunden und dreifach gentelet. Das Aufgehen der Nähte sowie das Eindringen von Wasser ist unmöglich. Patentamtlich geschützt durch D. R. G. M.
2. Die Stoßklappe bedeckt die Spitze der Holzsohle vollständig; sicherster Schutz gegen Springen der Sohlen.
Modell 1912 Fas, wie Abbildung, per Paar 3,80 Mark
Mit Leder besohlt, Eisen und Nügel „ „ 4,70
Mein seitheriges neues Modell. „ „ 3,60
Bon 2 Paar an 1/2 franco.
Neue Preisliste gratis.